

Legislaturziele der SP-Fraktion 2011 bis 2015

SOZIALE GERECHTIGKEIT, KAUFKRAFT UND ERNEUERBARE ENERGIEN

Politik für alle statt für wenige.

ja

SP

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Spitalgasse 34

Postfach 7876 · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69

Telefax 031 329 69 70

www.spschweiz.ch

Titelbild: Keystone/Gaetan Bally

Layout: Atelier Kurt Bläuer

Druck: Peter Gaffuri AG, Bern

EINE SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Den Schweizerinnen und Schweizern widerstrebt ein Leben, das von Angst, Ausgrenzung und Egoismus geprägt ist. Sie sehnen sich mit gutem Recht nach einer Zukunft mit Perspektiven für alle statt für wenige. Diese Hoffnung auf eine bessere Zukunft und der Wille, eine solche auch zu erreichen, prägt seit jeher die Politik der SP Schweiz und somit auch die Arbeit der SP-Fraktion in der Bundesversammlung. Viele sozialdemokratische Ideen und Anliegen haben die Schweiz vorangebracht: AHV, Frauenstimmrecht, Mutterschaftsversicherung, UNO-Beitritt, Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene, Fristenregelung, Einführung des Halbtax-Abos. Zahlreiche zentrale Fortschritte in der Gesellschaft gehen auf sozialdemokratische Initiativen zurück. Dieses Erbe ist uns Verpflichtung.

Unsere Politik muss auch heute den Menschen die Gewissheit geben, dass eine bessere Zukunft für alle möglich ist, und nicht nur für ein paar wenige Privilegierte. Heute bestimmen oft Sonderinteressen und Lobbyanliegen die Politik. Die Anliegen des Finanzplatzes oder jene der Gutverdienenden werden immer wieder stärker gewichtet als die Sorgen und Nöte der Allgemeinheit. Ebenso beschert die schweizerische Energiepolitik wenigen Exponenten der Atomlobby satte Gewinne – und ein unkalkulierbares Risiko für uns alle. Gleichzeitig verpasst unser Land den ökologischen Umbau der Wirtschaft, der uns mehr Effizienz, mehr Klimaschutz und auch noch mehr Arbeitsplätze garantieren würde. Das muss sich ändern. Es braucht eine Politik im Interesse der ganzen Bevölkerung. Das ist sozialdemokratische Politik.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen unsere Politik. Wir wollen jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und die Chance auf ein erfülltes Leben geben. Wir wollen dafür sorgen, dass Männer und Frauen einander endlich gleichgestellt sind – nicht nur rechtlich, sondern tatsächlich im Alltag – zum Beispiel durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt oder wohin sie ein Schicksalsschlag zurückgeworfen hat.

Welche Werte uns bei unserer politischen Arbeit wichtig sind, was wir bisher erreicht haben und welche Projekte wir in den nächsten vier Jahren noch realisieren wollen, haben wir in diesem Legislaturausblick zusammengefasst. Diese politische Auslegung wird uns in der nächsten Legislatur als Massstab dienen. Sie soll aber auch ein Massstab sein, an dem uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger messen können.

Ursula Wyss
Fraktionspräsidentin

INHALT

Sozial- und Bildungspolitik

- 1 Eine moderne und soziale Familienpolitik 5
- 2 Mehr soziale Sicherheit 7
- 3 Für eine zahlbare Gesundheitsversorgung in hoher Qualität 9
- 4 Für einen chancenreichen Start ins Leben braucht es eine starke öffentliche Volksschule! 11
- 5 Abschluss für alle – kein Abschluss ohne Anschluss – Weiterbildung für alle 13
- 6 Für einen starken und koordinierten Bildungsraum Schweiz 15

Finanz- und Wirtschaftspolitik

- 7 Ein Arbeitsmarkt im Interesse aller Arbeitenden 19
- 8 Faire Löhne für alle 21
- 9 Eine Finanz- und Steuerpolitik im Interesse der nächsten Generationen 23
- 10 Ein sauberer Finanzplatz im Dienste der Gesamtwirtschaft 25
- 11 Mehr Kaufkraft und mehr Rechte für Konsumentinnen und Konsumenten 27
- 12 Erschwinglicher Wohnraum für alle 29

Energie-, Klima-, Umwelt- und Verkehrspolitik

- 13 Ein starker Service public für mehr Chancengleichheit und Wertschöpfung 33
- 14 Eine gesunde Umwelt dient Mensch und Wirtschaft 35
- 15 Mit viel Zug in eine nachhaltige Verkehrszukunft 37
- 16 Cleantech bringt die nachhaltige Energiezukunft 39

Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaat und Bürgerrechte

- 17 Gleichstellung umsetzen! 43
- 18 Demokratie und Rechtsstaat brauchen Transparenz und Klarheit 45
- 19 Für eine menschenwürdige Ausländer- und Asylpolitik 47
- 20 Staatsleitungsreform: Für die demokratische Stärkung der Institutionen 50
- 21 Eine aktive Kultur- und Medienpolitik stärkt die Demokratie und die Identität 52

Europa, Aussenpolitik und Internationales

- 22 Für eine soziale Schweiz in einem sozialen, ökologischen und demokratischen Europa 57
- 23 Für eine nachhaltige Aussenwirtschaftspolitik 60
- 24 Für eine aktive und solidarische Aussenpolitik und starke multilaterale Organisationen 62
- 25 Für eine wirksame Entwicklungspolitik im Dienste der Armen statt der Reichen 65

Sicherheitspolitik

- 26 Mehr Lebensqualität dank mehr öffentlicher Sicherheit für alle 69
- 27 Die Strafrechtsrevision muss effektiv und vernunftgeleitet sein 72
- 28 Für die Anpassung der Friedens- und Sicherheitspolitik an die Gegebenheiten des globalisierten 21. Jahrhunderts 74

A close-up photograph showing several hands working together to manipulate a thick, black, textured cord. The hands are positioned around the cord, with some fingers pulling and others holding it steady. The background is slightly blurred, showing a green and white striped fabric and a dark blue fabric with red accents. The overall scene suggests a collaborative activity or a craft project.

SOZIAL- UND BILDUNGSPOLITIK

Ausgangslage

Für das gute Funktionieren der Gesellschaft spielt die Familie eine entscheidende Rolle, insbesondere in wirtschaftlicher, sozialer, erzieherischer und kultureller Hinsicht. In der Familie werden Werte von Generation zu Generation weitergegeben und Solidarität wird geübt. Auch wenn die Geburtenrate steigt und 2010 durchschnittlich 1,52 Kinder pro Frau betrug, gehört die Schweiz zu den Ländern mit vergleichsweise wenig Geburten. Die Perspektive, Kinder zu haben, ist hier nach wie vor wenig attraktiv. Die Hauptgründe dafür liegen in der Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, und in einer ungenügenden finanziellen Unterstützung. In der Schweiz stellen Kinder nach wie vor ein Armutrisiko dar. Dabei sind Alleinerziehende besonders davon betroffen und gehören zu den Gruppen, die am häufigsten auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frauen ist grösser als die der Männer, da sie sich weit mehr um Hausarbeit und Familie kümmern. Kommt dazu, dass sie oft ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder deutlich einschränken, was auch unsere Volkswirtschaft schwächt. Manche verzichten auf Kinder und lösen so das Dilemma, zwischen Karriere und Familie wählen zu müssen. Zudem hat die ungenügende Anzahl ausserfamiliärer Betreuungsplätze zur Folge, dass 40 Prozent der Kinder ausserhalb der Schulstunden regelmässig unbeaufsichtigt bleiben. Ausserdem entspricht der Lebensraum vieler Kinder und Familien nicht ihren Bedürfnissen.

Das sind unsere Grundsätze

Für die SP ist die Chancengleichheit der Kinder und Eltern zentral. Um diese zu fördern, müssen die Familien unterstützt werden, wobei es gilt, die Vielfalt ihrer Formen zu respektieren. Die SP lehnt jegliche Spaltung der Gesellschaft in Personen mit und Personen ohne Kinder ab. Die Gesellschaft ist mitverantwortlich für das Heranwachsen und die Entwicklung der Kinder. Nach Ansicht der SP ist es Aufgabe des Sozialstaats, dafür zu sorgen, dass kein Kind in Armut aufwachsen und dass kein Paar aus finanziellen und/oder organisatorischen Gründen auf Kinder verzichten muss. Diesbezüglich plädiert die SP für eine moderne und soziale Familienpolitik. Sie hält am Ziel fest, eine optimale Vereinbarung von Berufs- und Familienleben möglich zu machen, Familien finanziell zu entlasten und die Bedingungen zur Gestaltung des familiären Umfeldes zu verbessern.

Das hat die SP erreicht

Seit dem 1. Juli 2005 verfügt die Schweiz über eine obligatorische Mutterschaftsversicherung, für die sich die SP unermüdlich eingesetzt hat. Dank dem sozialdemokratischen Engagement ist das Bundesgesetz über die Familienzulagen, nach dem Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger und Personen mit bescheidenem Einkommen Kinder- beziehungsweise Ausbildungszulagen erhalten, per Anfang 2009 in Kraft

getreten. Die SP hat sich auch aktiv für die Lancierung und anschliessend für die Verlängerung des eidgenössischen Impulsprogramms für familienergänzende Kinderbetreuung eingesetzt. Ausserdem konnte dank der SP die steuerliche Belastung der Haushalte mit Kindern gesenkt werden.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Damit Männer und Frauen weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, wenn sie eine Familie gründen, fordert die SP ein bedarfsgerechtes und ausreichendes Angebot an familienergänzenden, ausserschulischen Betreuungsplätzen sowie Tagesschulen mit Mittagstischen.
- Neue Arbeitszeitmodelle, welche die Gleichberechtigung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, müssen unterstützt werden. Voll- und Teilzeitarbeit muss bezüglich aller Sozialversicherungen gleich behandelt werden.
- Da die Anwesenheit und die Rolle beider Elternteile für eine gesunde Entwicklung der Kinder notwendig ist, müssen Mütter und Väter an Erziehung und Hausarbeit teilhaben können. Zu diesem Zweck fordert die SP die Einführung und den Ausbau eines Elternurlaubs gemäss EU-Richtlinie, die seit dem 7. April 2010 in Kraft ist, sowie bezahlten Urlaub für die Betreuung kranker Kinder. Im Falle einer Scheidung muss die gemeinsame elterliche Sorge auf einer vom Gericht genehmigten Vereinbarung beruhen.
- Um Familien mit bescheidenem Einkommen besser zu unterstützen, müssen auf eidgenössischer Ebene Ergänzungsleistungen eingeführt werden. Die Familienzulagen müssen auch an Selbständigerwerbende ausbezahlt werden. Ausserdem soll die Krankenkasse für Kinder und Jugendliche in Ausbildung bis 25 Jahre gratis sein. Die Bestimmungen bezüglich Eintreibung und Bezahlung von Alimenten müssen vereinheitlicht werden. Zudem muss ein allfälliger Fehlbetrag bei der Festsetzung von Unterhaltsbeiträgen im Falle von Scheidungen oder Trennungen angemessen auf beide Ehegatten respektive Eltern verteilt werden. Schliesslich muss die Harmonisierung im Stipendienwesen schnellstmöglich an die Hand genommen werden.
- Um den Familien attraktiven Wohnraum zu bieten, müssen günstige Wohnungen in einer für die Entwicklung der Kinder geeigneten Umgebung zur Verfügung stehen. Infrastrukturen und jedem Alter angepasste Freizeitaktivitäten müssen verfügbar sein. Die SP unterstützt diesbezüglich die Totalrevision des Jugendförderungsgesetzes. Die Weiterbildungs- und Beratungsangebote für Eltern müssen gefördert und im ganzen Land angeboten werden.
- Die SP macht sich für Minderheiten stark und fordert ein Ende der Diskriminierung von Homosexuellen. Ihnen soll erlaubt werden, ein Kind oder das Kind ihres Partners oder ihrer Partnerin zu adoptieren oder Zugang zur Fortpflanzungsmedizin zu erhalten – zu denselben Bedingungen wie heterosexuelle Paare. Ausserdem müssen die Integrationsbemühungen verstärkt werden, um die Startchancen der Kinder aus eingewanderten Familien zu verbessern.

2

MEHR SOZIALE SICHERHEIT

Ausgangslage

Soziale Sicherheit umfasst sämtliche Massnahmen, die ergriffen werden, um die würdevolle Existenz von Personen zu gewährleisten, wenn diese mit Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter oder Mutterschaft konfrontiert werden. Das schweizerische System der sozialen Sicherheit wurde ohne Gesamtvision erstellt und ist historisch gewachsen – je nach politischen Forderungen und der Entwicklung der sozialen Probleme. Während der Arbeitsmarkt immer kompetitiver wird und immer weniger Arbeitsplätze für Personen mit angeschlagener Gesundheit zur Verfügung stehen, werden die sozialen Errungenschaften zunehmend in Frage gestellt. Zahlreiche Personen fallen so durch die Maschen des sozialen Netzes. Wer Sozialleistungen bezieht, insbesondere IV und Sozialhilfe, wird als Profiteurin oder Profiteur gebrandmarkt. Die wiederholten Angriffe auf das System der sozialen Sicherheit zielen darauf ab, durch die Reduktion der Leistungen das Versicherungsprinzip in Frage zu stellen. Die Probleme der Harmonisierung und Koordination sind nicht gelöst und Lücken werden nicht geschlossen. Vor allem aber wandelt sich die Gesellschaft und unser Sozialstaat muss der Alterung der Bevölkerung, den neuen Lebensformen und den daraus entstehenden neuen Situationen angepasst werden.

Das sind unsere Grundsätze

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit haben für die SP Priorität. Alle, die aufgrund ihres Alters, ihres Gesundheitszustandes, wegen Schicksalsschlägen oder wirtschaftlichen Umwälzungen vorübergehend oder dauerhaft ihren Lebensunterhalt nicht verdienen können, haben Anrecht auf soziale Sicherheit. Der Sozialstaat muss Personen in Not bedingungslos unterstützen. Die SP bleibt Garantin für den Erhalt der sozialen Errungenschaften und widersetzt sich einseitigem Abbau von Leistungen. Die SP bekämpft Armut und soziale Ausgrenzung. Sie setzt sich ein für ein lückenloses und solides System der sozialen Sicherung, das soziale Ungleichheiten unter Berücksichtigung der mit dem Geschlecht und der Solidarität zwischen den Generationen verbundenen Problematik korrigiert. Im Übrigen muss sich unser Sozialstaat an einer globaleren Sichtweise orientieren, die unter anderem Massnahmen im Bereich Bildung, Familienpolitik und Arbeitsmarkt umfasst.

Das hat die SP erreicht

Ende 2007 hat die SP ihre Verantwortung gegenüber behinderten Personen wahrgenommen und eine Lösung bezüglich Zusatzfinanzierung der IV mitgetragen. Obwohl nicht in allen Punkten einverstanden, machte sie sich im Herbst 2009 dafür stark, dass dieser Vorschlag des Parlaments von Volk und Ständen angenommen wurde. Im Bereich der beruflichen Vorsorge hat sich die SP der Reduktion des Umwandlungssatzes der Renten der zweiten Säule erfolgreich widersetzt und das Referendum mit

72,7 Prozent der Stimmen gewonnen. Ausserdem ist es einem Vorstoss der SP zu verdanken, dass Massnahmen zugunsten älterer Arbeitnehmender ergriffen wurden. Ausserdem hat die SP im Parlament dafür gesorgt, dass die völlig unnötige Revision des UVG gestoppt wurde und dass die 11. AHV-Revision (2. Version) gescheitert ist. Diese hätte namentlich eine Reduktion der Renten der ersten Säule zur Folge gehabt.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Damit die Armut bekämpft werden kann, muss eine Lücke im schweizerischen Sozialversicherungssystem geschlossen und eine obligatorische Taggeldversicherung im Krankheitsfall eingeführt werden. Sie ist integrierter Bestandteil der obligatorischen Krankenversicherung. Dieser neue Versicherungsschutz schafft den Anreiz, die Übernahme der Behandlung und die Investitionen in die Prävention optimal mit den Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung zu koordinieren.
- Die SP plädiert ausserdem für die Einführung eines eidgenössischen Rahmengesetzes zur Existenzsicherung, welches das aktuelle System vereinfacht und die Unterstützungsleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden harmonisiert, indem minimale Standards vorgesehen werden.
- Für mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit muss die Invalidenversicherung gestärkt werden. Da diese Sozialversicherung seit 15 Jahren ungenügend finanziert ist, muss eine ausgewogene Lösung für eine Sanierung mit mehr Einnahmen und Einsparungen gefunden werden. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit die Wirtschaft ihrer Verantwortung nachkommt. Ausserdem spricht sich die SP für die Ratifizierung der UNO-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen aus.
- Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit müssen die Massnahmen zur Unterstützung der von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen, die in der 4. Revision des AVIG abgeschafft worden sind, wieder eingeführt werden. Es müssen Zusatzleistungen für Langzeitarbeitslose eingeführt werden, finanziert durch die Anhebung der Obergrenze des beitragspflichtigen Lohnes.
- Die SP will die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren fördern und garantieren. Sie setzt sich für gerechte und solidarische Renten ein. Die SP verlangt eine Stärkung der AHV, damit das in der Verfassung verankerte Ziel der «Deckung des Existenzbedarfs» und der «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» auch für tiefere und mittlere Einkommen endlich durchgesetzt werden kann. Sie ist für eine Flexibilisierung des Rentenalters, das vom beruflichen Werdegang der Arbeitnehmenden und insbesondere von der Beschwerlichkeit ihrer Arbeit abhängig sein muss. Die Pensionierung soll nach 42 AHV-Beitragsjahren – frühestens mit 62, spätestens mit 65 – erfolgen. Was das Wohnen und die Mobilität betrifft, unterstützt die SP Projekte für neue Wohnformen und die Anpassung der Quartiere an die Bedürfnisse älterer Menschen. Im Bereich Gesundheit und Pflege muss eine nationale Strategie entwickelt werden, um dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken. Zudem muss die Integration älterer Menschen in die Gesellschaft gewährleistet sein. Sie müssen gleichberechtigt am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen können.

3

FÜR EINE ZAHLBARE GESUNDHEITSVERSORGUNG IN HOHER QUALITÄT

Ausgangslage

Das schweizerische Gesundheitssystem hat viele Qualitäten: Der Zugang zu den Gesundheitsleistungen ist für alle auf hohem Niveau gewährleistet, und wer medizinische Hilfe oder Pflege braucht, bekommt sie unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten und ohne lange Wartezeiten. Die Wahlfreiheit ist gross. Das gibt es aber nicht zum Nulltarif: Im internationalen Vergleich gehört das schweizerische Gesundheitssystem zu den teuersten, wobei die Ausgaben im Vergleich zur übrigen Wirtschaft seit 2000 stabil geblieben sind. Grund zur Sorge bereiten weniger die Gesamtausgaben als vielmehr der starke Anstieg der Prämien in der obligatorischen Grundversicherung. Das rapide Prämienwachstum der letzten Jahre ist die Folge einer stetigen Verlagerung der Finanzierungslast hin zu den Prämienzahlenden. Die geringe Bedeutung der steuerfinanzierten Leistungen auf der einen Seite und der steigende Beitrag der Kopfprämien auf der anderen lassen die Finanzierung der Gesundheitsversorgung über kurz oder lang zu einer sozialen ZerreiSSprobe werden.

Das sind unsere Grundsätze

Im Zentrum steht der Zugang für alle zu einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung – unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Gesundheitszustand. Dafür braucht es einerseits eine verstärkte Orientierung an den Gesundheitsbedürfnissen der Bevölkerung und andererseits eine sozialverträglichere Finanzierung. Integrierte Versorgung soll als Grundmodell verankert werden, um die Versorgungsqualität für die zunehmende Zahl älterer und chronisch kranker Patientinnen und Patienten zu verbessern. Die Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen sind bei der Finanzierung spürbar zu entlasten. Eine öffentliche Krankenkasse ist besser gewappnet für die Herausforderungen der Zukunft als eine Vielzahl von Krankenkassen, die sich gegenseitig die jungen und gesunden Versicherten abjagen.

Das hat die SP erreicht

Das Krankenversicherungsgesetz von 1996 – und damit die Einführung der allgemeinen Grundversicherung – wurde dank der SP möglich. Seither hat die SP die Entwicklung und den gezielten Ausbau des Grundleistungskatalogs stark mitgeprägt und zusätzliche Prämienverbilligungen für Kinder erreicht. Gesundheitsförderung und Prävention haben an Bedeutung gewonnen. Ein Präventionsgesetz, das die Koordination zwischen Bund und Kantonen verbessern und dafür sorgen soll, dass die vorhandenen Mittel effektiver eingesetzt werden, ist auf dem Weg. Auch in der Qualitätsförderung haben wir erfolgreich Druck gemacht: Dank der SP liegt seit Oktober 2009 endlich eine Qualitätsstrategie des Bundes für das Gesundheitswesen vor. Das Gesundheitspersonal kann auf die SP zählen: Mit unserer Unterstützung

ist es gelungen, die Arbeitsbedingungen des Pflege- und des ärztlichen Personals deutlich zu verbessern, was angesichts des drohenden Personalmangels dringend notwendig ist.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Mit der Alterung der Bevölkerung nehmen auch chronische Erkrankungen zu. Wir wollen die integrierte Versorgung als Grundmodell im Krankenversicherungsgesetz verankern und damit eine optimale Betreuung durch untereinander vernetzte Fachpersonen und Institutionen fördern. Die Autonomie und Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten soll auch im integrierten Versorgungsmodell gewährleistet bleiben.
- Um eine sozialverträglichere Finanzierung zu erreichen, streben wir eine Entlastung der Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bei der Grundversicherung an. Dazu müssen von Bund und Kantonen mehr Mittel für Prämienverbilligungen bereit gestellt werden und die Verbilligungen müssen schweizweit vereinheitlicht werden. Die Belastung eines Haushalts durch die Krankenkassenprämien soll 8 Prozent des steuerbaren Einkommens nicht überschreiten dürfen.
- Das Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung soll rasch verabschiedet werden und in Kraft treten. Damit wird eine Lücke in der Gesetzgebung geschlossen und es eröffnet sich die Möglichkeit, Strategien auf Bundesebene zu entwickeln – beispielsweise für die Prävention von psychischen und anderen nicht übertragbaren Krankheiten wie Krebs oder Diabetes. Ausserdem liegt unser Fokus auf der Formulierung von Gesundheitszielen für die Schweiz.
- Der Bund ist aufgefordert, die Umsetzung seiner Qualitätsstrategie in Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern und Patientenorganisationen zügig an die Hand zu nehmen. Insbesondere im Hinblick auf die Einführung der Fallpauschalen in der Spitalfinanzierung braucht es eine nationale Begleitforschung und einen transparenten Nachweis der Pflege- und Behandlungsqualität über die gesamte Behandlungskette hinweg.
- Wir setzen uns ein für die Umsetzung des Volkswillens, der ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Komplementär- und Schulmedizin verlangt.
- Wenn nicht rasch Strategien und Massnahmen entwickelt werden, um diese Berufe attraktiver zu machen, wird das Gesundheitspersonal knapp. Dies gilt insbesondere für das Pflegepersonal und die Hausärztinnen und Hausärzte. Für die Pflege braucht es Ausbildungsplätze und Anreize, um die Verweildauer im Beruf zu erhöhen. In der Medizin muss der Numerus clausus aufgehoben und der Nachwuchs – insbesondere für die Hausarztmedizin – gezielt gefördert werden.
- Wir wollen der Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» zum Durchbruch verhelfen. Damit wollen wir erreichen, dass der unsinnige und teure Wettbewerb um junge und gesunde Versicherte gestoppt wird. Investitionen in Prävention und in eine koordinierte, qualitativ gute Betreuung müssen sich lohnen. Eine öffentliche Krankenkasse mit kantonalen Agenturen schafft zudem mehr Transparenz bei der Prämiengestaltung und spart Verwaltungskosten ein.
- Die Angebotsplanung und die flächendeckende Qualitätssicherung muss über Kantonsgrenzen hinweg geschehen.

4

BILDUNG BEGINNT AM ERSTEN TAG – FÜR EINEN CHANCENREICHEN START INS LEBEN BRAUCHT ES EINE STARKE ÖFFENTLICHE VOLKSSCHULE!

Ausgangslage

Für die Bildung des Bundesstaats, die Entwicklung der Demokratie und die Festigung unserer Werte war und ist die Volksschule von entscheidender Bedeutung. Sie ist der Ort, wo Grundrechte verwirklicht werden, und der Zugang zur Volksschule selber ist ein Grundrecht für sich. Die öffentliche Schule ist der zentrale Ort, an dem sich Menschen aus allen sozialen und gesellschaftlichen Schichten begegnen. Deshalb ist die öffentliche Schule der wichtigste Ort der Integration. Dort werden die Kinder auf das Leben in unserer Demokratie, in der die Mitsprache und die Teilhabe aller gewährleistet sein soll, vorbereitet. Die Schule ist aber auch besonders stark von Veränderungen und Entwicklungen in der Gesellschaft betroffen. Entsprechend sieht sie sich mit Erwartungen und Kritik konfrontiert. Die notwendigen Reformen müssen, um erfolgreich sein zu können, die Anliegen der Kinder, der Lehrkräfte und der Eltern angemessen aufnehmen.

Das sind unsere Grundsätze

Nebst der Herkunft ist die Bildung der zentrale Ort, an dem Chancen verteilt werden. Bereits ganz kleine Kinder sollen deshalb durch gute, bildungsnahe Angebote Zugang zu einem fördernden Umfeld erhalten. Für uns ist klar: Frühförderung und Schule gehören untrennbar zusammen. Gute Schulen zeichnen sich durch Verbindlichkeit, Verantwortung und Vertrauen aus. Das Zusammenleben in der Schule soll auf Anstand, Respekt und Toleranz beruhen. Gute Schulen lassen keine Gewalt zu und sind für Kinder und Lehrkräfte ein motivierender Lern- und Arbeitsort. Um dieses Klima Realität werden zu lassen, braucht es nebst Tagesschulen professionelle Schulleitungen, transparente Bildungsstandards und eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Wir wollen eine Schule, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Kinder ausrichtet und ihre Einzigartigkeit ins Zentrum stellt. Zur Bildung gehören deshalb nebst der Vermittlung von Wissen auch die soziale, emotionale, motorische und musische Entwicklung. HarmoS und Lehrplan 21 sind erste Schritte in die richtige Richtung, hin zu einer modernen und auf Chancengleichheit beruhenden Schule. Die Kantone der Romandie haben ihren Lehrplan (PER) bereits entwickelt. Dieser wird im August 2011 eingeführt.

Das hat die SP erreicht

2006 hat die Bevölkerung mit einer überwältigenden Mehrheit den Bildungsartikeln in der Verfassung zugestimmt. Diese Verfassungsbestimmungen, die die Qualität fördern, gibt es dank der SP. Dank ihrem Engagement konnten basierend darauf notwendige Reformprojekte wie HarmoS und Lehrplan 21 angestossen werden. Das HarmoS-Konkordat konnte mittlerweile in Kraft treten. Die SP hat die notwendigen Debatten zu Chancengleichheit in der Schule für alle Kinder mitgeprägt und sich dafür

eingesetzt, dass Bildungschancen nicht von der Herkunft abhängig sind. Weiterhin gilt der Grundsatz, dass die staatliche Schule – im Gegensatz zu den Privatschulen – öffentlich finanziert ist.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Bildungschancen eines Kindes sind stark abhängig von Bildung und Status der Eltern. Wir wollen deshalb eine Schule, die dem UNESCO-Gedanken «Bildung beginnt am ersten Tag» folgt. Um dies Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es auf allen Stufen Tagesstrukturen. Diese sollen selbstverständlicher Bestandteil des Bildungsauftrags sein. Volksschule und Frühförderung ergänzen sich dabei. Der Bund ist zudem gefordert, eine Strategie für eine effektive Politik zur Förderung der Chancengleichheit mit entsprechenden Massnahmen vorzulegen.
- Alle Kinder sollen Zugang zu Tagesstrukturen, vorzugsweise in Form von Tages-schulen, mit einem umfassenden Bildungsauftrag haben. Tagesschulen sind als Angebot der Regelschule zu verstehen. Die Trennung zwischen Schule, Freizeitangeboten und Betreuung wird vermindert oder aufgehoben. Schulfächer werden so weit als möglich und sinnvoll mit sportlichen, handwerklichen und musischen Angeboten verbunden. Im obligatorischen Turnunterricht sehen wir ein Recht auf Bewegung für alle.
- Der frühe Sprachunterricht hat hohe Priorität, insbesondere für fremdsprachige Kinder. Um eine gute Ausgangslage für den Spracherwerb zu schaffen, muss die Erstsprache gefördert werden. Ziel ist, dass alle Kinder spätestens zwei Jahre nach Eintritt in die Eingangsstufe die Unterrichtssprache verstehen und sprechen.
- Wir setzen uns für eine schweizweite Einführung von HarmoS ein. Ziel ist ein Schulsystem ohne Aufteilung in Leistungszweige bis zum Ende der Schulpflicht. Flexible Übergänge und individuelle Förderung sollen Massnahmen wie Klassenwiederholung, Stützkurse, Sonder- oder Einführungsklassen ersetzen. Zur Umsetzung gehören Bildungsstandards, die die Arbeit der Schule transparenter machen. Sie sind die Grundlage der Beschreibung von Kompetenzen in allen Lerngebieten. Ziel ist die individuelle Förderung der Kinder sowie die Qualitätsentwicklung der Schule. Jede Entscheidung muss zudem unter Berücksichtigung ihrer Auswirkung auf die Geschlechter gefällt werden.
- Aus Gründen der Chancengleichheit sollen Kinder mit besonderen Bedürfnissen so weit als möglich in der Regelschule unterrichtet werden. Das bedingt eine Ausrichtung auf ein Unterrichtsverständnis, das die individuellen Bedürfnisse aller Kinder berücksichtigt. Voraussetzung ist, dass Fachpersonen die Klasse und die Lehrkräfte unterstützen.
- Bildungsreformen müssen zusammen mit den Lehrkräften vorangetrieben werden. Fachleute sollen diese bei ihren vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben unterstützen. Bildungsreformen brauchen Zeit und genügend Ressourcen. Dabei sind die Ausbildung, die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung wichtige Aspekte, für die wir uns starkmachen.
- Kinder werden nicht nur in der Schule sozialisiert. Wir setzen uns deshalb für eine koordinierte und sich ergänzende Entwicklung von Bildung, Familie, Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit ein.

5

ABSCHLUSS FÜR ALLE – KEIN ABSCHLUSS OHNE ANSCHLUSS – WEITERBILDUNG FÜR ALLE

Ausgangslage

Bildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt. Der nationale Gesundheitsbericht 2008 zeigt, wie gross der Einfluss von Schulbildung, Berufsbildung oder beruflicher Stellung auf die Gesundheit ist. Menschen mit einer tiefen sozialen Position haben ein deutlich höheres Risiko zu erkranken oder früher zu sterben. In der Schweiz leben zwischen 700 000 und 900 000 Menschen in Armut. Der Bundesrat nennt als eine der zentralen Massnahmen zu deren Bekämpfung die Verbesserung der Bildungs- und Umorientierungsmassnahmen für junge Leute und Arbeitslose. Aus den genannten Gründen ist ein allgemein- oder berufsbildender Abschluss für möglichst viele die Möglichkeit, im Berufsleben Fuss zu fassen, aber auch in einer rasch sich ändernden Welt Teil davon zu bleiben, zentral. Seit Mitte der neunziger Jahre aber verharrt die Ausbildungsquote auf der Sekundarstufe II bei knapp 90 Prozent. Unser duales Berufsbildungssystem ist ein Erfolgsmodell, sowohl aus pädagogischer als auch aus gesellschaftlicher Perspektive. Mit der Einführung von Berufsmaturität und Fachhochschulen wurde zudem die Chancengleichheit für Kinder aus allen sozialen Schichten gesteigert. Die Anforderungen der Wirtschaft steigen aber und führen zum Ausschluss gewisser Personengruppen. Dazu gehören insbesondere auch die rund 800 000 von Illettrismus Betroffenen. Die Kosten des Illettrismus belaufen sich auf über eine Milliarde Franken pro Jahr.

Das sind unsere Grundsätze

Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt müssen sich gemeinsam dafür einsetzen, den Jugendlichen eine Berufsbildung zu ermöglichen und somit den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Durchmischung der Geschlechter innerhalb der Berufsfelder bei der Berufswahl muss weiterhin gefördert werden. Für Betriebe lohnt es sich, auszubilden. Die Lernenden erzielen mit ihrer Arbeit einen effektiven Mehrwert. Es gibt aber auch Trittbrettfahrer – Betriebe, die nicht ausbilden, obwohl sie könnten. Damit fehlen in gewissen Bereichen respektive Branchen notwendige Lehrstellen. Jugendliche benötigen einen besonderen Schutz sowie Angebote, die sich am realen Arbeitsmarkt ausrichten. Die Flexibilisierung (z.B. Senkung des Jugendschutzalters), die stattgefunden hat, erhöht zwar den Druck, hat aber nicht dazu geführt, dass im Dienstleistungssektor genügend Lehrstellen geschaffen worden wären. Hier braucht es gezielte Massnahmen, um auf die Berufe der Zukunft vorzubereiten. Ein wichtiges Angebot für die Integration schulisch schwächerer Jugendlicher sind die zweijährigen beruflichen Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest. Dieses Angebot muss ausgebaut werden. Der Bund muss sich auch weiterhin für die Koordination auf nationaler Ebene einsetzen, wie er das beispielsweise mit dem Projekt «Case Management» macht. Dabei geht es nicht darum, «Lücken» zu füllen, sondern jungen Menschen eine echte Perspektive zu geben. Das geht weit über die Berufsbil-

dung hinaus und muss auch den Bereich der Weiterbildung, des lebenslangen Lernens umfassen. Die Durchlässigkeit des Systems und damit die Möglichkeit zu einer Ausbildung auf Tertiärstufe für alle, die diesen Weg gehen wollen und die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, muss weiterhin konsequent gefördert werden.

Das hat die SP erreicht

2006 haben die Stimmberechtigten Ja gesagt zum von der SP initiierten Bildungsartikel in der Verfassung. Damit ist der Bund beauftragt, ein Weiterbildungsgesetz zu erarbeiten. Wie in der EU ist die Förderung des lebenslangen Lernens nun Teil unserer Bildungspolitik. Mit dem Bildungsartikel wurde auch die Gleichwertigkeit von Fachhochschulen und Universitäten anerkannt. Es wurde zudem verankert, dass allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden müssen. Die SP hat sich mit zahlreichen Vorstössen für eine konkrete Umsetzung dieser Grundsätze eingesetzt.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Bis spätestens 2015 sollen mindestens 95 Prozent der Jugendlichen einen beruflichen Abschluss erreichen. Gerade auch leistungsschwächere Jugendliche müssen eine Lehrstelle finden. Bund, Kantone und Wirtschaft stehen hier gemeinsam in der Verantwortung.
- Die Berufsbildung muss so ausgestaltet sein, dass sie Konjunkturschwankungen nicht direkt ausgesetzt ist. Sie muss mit dem Umbau der Wirtschaft, mit gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt halten. Ausbildungen im Dienstleistungssektor oder in neuen Gebieten im Bereich Kommunikation und Technologie sind deshalb auszubauen.
- Gemäss Berufsbildungsgesetz muss der Bund 10 Prozent seiner Kostenbeteiligung für Massnahmen im öffentlichen Interesse einsetzen. So soll er in Massnahmen zur Integration Jugendlicher mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten in der Berufsbildung investieren, in Massnahmen zur Förderung des Verbleibs im Beruf und des Wiedereinstiegs sowie in Massnahmen, die der Sicherung und Erweiterung des Lehrstellenangebotes dienen. Bund und Kantone müssen diese Projekte gemeinsam anpacken. Besonderes Augenmerk muss zudem auf Erwachsene ohne Ausbildung beziehungsweise ohne anerkannten Abschluss gelegt werden. Berufserfahrung soll als Qualifikation angerechnet werden können.
- Das Weiterbildungsverhalten ist abhängig von Bildungsniveau, Stellung am Arbeitsplatz, Betreuungsverpflichtungen und Geschlecht. Angesichts des Wandels in der Arbeitswelt und der zunehmend multikultureller und älter werdenden Gesellschaft muss der breite Zugang zur Weiterbildung gefördert werden. Es braucht spezifische, mittels Zertifikat qualifizierende Angebote der Nachholbildung sowie Angebote für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Migrantinnen und Migranten. Das Weiterbildungsgesetz muss diese Forderungen berücksichtigen. Insbesondere beim Illittrismus braucht es genügend Mittel, um das Problem umfassend anzugehen – zum Wohl der Betroffenen, aber auch zum Wohl der Gesellschaft.
- Um obligatorische Schule, Berufsbildung, tertiäre Bildungsgänge, Weiterbildung, Passerellen und so weiter koordiniert begleiten zu können, braucht es ein einziges Departement, das sich voll und ganz diesem zentralen Bereich widmet.

6

UNIVERSITÄTEN, ETH UND FACHHOCHSCHULEN: FÜR EINEN STARKEN UND KOORDINIERTEN BILDUNGSRAUM SCHWEIZ

Ausgangslage

In einer zukunftsorientierten demokratischen Gesellschaft kommt Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation eine zentrale Bedeutung für die Weiterentwicklung aller Lebensbereiche und der Gemeinschaft zu. Eine gute Bildungspolitik ist auch die beste Wirtschaftspolitik. Unsere Hochschulen sind gut positioniert und erbringen hervorragende Leistungen. Der ETH-Bereich spielt national wie international eine grosse Rolle. Die Fachhochschulen mit ihren Verbindungen zu kleinen und mittelgrossen Unternehmen, zu Kultur und Service public fördern Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Unter dem Motto «Gleichwertig, aber andersartig» bieten sie eine praxisorientierte Ausbildung auf Hochschulniveau. Die Politik trägt dieser an sich positiven Ausgangslage des Bildungsraums Schweiz im Tertiärbereich aber nicht angemessen Rechnung. Die Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden haben in den letzten Jahren bei steigender Zahl der Auszubildenden praktisch stagniert. Das Schulsystem führt mit seinen Strukturen und Verfahren zudem zu Ungleichheiten. So gibt es einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und der Frage, wer eine Hochschule besuchen kann. An den Universitäten hat fast jede zweite Person einen Elternteil, der über eine Hochschulausbildung verfügt. Bei der Höhe der Stipendien wiederum gibt es zwischen den Kantonen Unterschiede von bis zu 400 Prozent.

Das sind unsere Grundsätze

Es braucht eine auf Chancengleichheit und den Nutzen des gesamten Bildungsraums ausgerichtete Steuerung. Unterschiede von vergleichbaren Kosten an verschiedenen Institutionen sind auszugleichen, Ineffizienz beim Mitteleinsatz zu beseitigen. Die Aufgabenteilung unter den Hochschulen muss optimiert werden. Das darf aber nicht auf rein marktwirtschaftlichen Kriterien basieren, auch Fächer mit wenigen Studierenden haben aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ihre Berechtigung. Die Autonomie der Hochschulen muss gewahrt bleiben – mit dem Ziel, Bildung und Forschung so zu koordinieren, dass der Bildungsraum Schweiz gestärkt wird. Eine Finanzierung über eine Erhöhung der Studiengebühren lehnen wir ab. Zur Chancengleichheit gehören insbesondere die Frauenförderung sowie angemessene Betreuungsverhältnisse. Gut ausgebildete Menschen, hochstehende Forschung, das Bewusstsein von Bund und Kantonen für die Verantwortung, die Bildungs- und Forschungsinstitutionen tragen, sind für unsere Gesellschaft wichtig. Es geht dabei nicht nur um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern darum, Lösungen für Probleme wie Klimawandel oder Massnahmen für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu finden sowie einen Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten. Dazu braucht es eine optimale Integration von Bildung, Forschung und Innovation in Gesellschaft und Wirtschaft. Das beginnt bei der Grundlagenforschung und endet bei der Anwendung im Markt. Ausgaben für Bildung, Innovation und Forschung sind deshalb auch als Investitionen anzuschauen.

Welche Wertschöpfung damit geschaffen werden kann, zeigt der Bereich Cleantech. Die demografischen Entwicklungen sind bei allen Überlegungen einzubeziehen.

Das hat die SP erreicht

Die Zustimmung zu den von der SP initiierten Bildungsartikeln in der Verfassung schafft die Grundlage für einen koordinierten Bildungsraum Schweiz, der die Qualität von Bildung, Lehre und Forschung ins Zentrum stellt. Die damit verbundene Gleichwertigkeit der verschiedenen Institutionen sowie die Stärkung der Durchlässigkeit fördert die Chancengleichheit.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Das Hochschulgesetz muss so ausgestaltet werden, dass es zu einer verstärkten Kooperation von Bund und Kantonen kommt. Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen gesamtschweizerischen Hochschul- und Forschungsraums. Es braucht eine stärkere Steuerung des Gesamtsystems, eine Stärkung der Autonomie und eine Vereinheitlichung der Finanzierung zum Zweck der Steigerung der Qualität von Lehre und Forschung.
- Der Kredit zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2013 bis 2016 muss angesichts der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung, der Zunahme bildungswilliger Menschen sowie im Hinblick auf die Stärkung des Forschungs- und Technologiestandorts Schweiz mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Dabei soll der gesamte BFI-Bereich angeschaut werden. Die einzelnen Bildungsbereiche dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht eine Verbindlichkeit bei den Zusagen, die eine langfristige Planung ermöglicht. Die demografischen Entwicklungen müssen in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen.
- Das staatliche Engagement bei Forschung, Entwicklung und Innovation ist nicht ausreichend. Eine Erhöhung des Bundesanteils ist im Hinblick auf die Grundlagenforschung sowie die Unabhängigkeit der Forschung unerlässlich.
- Die Gleichstellungsprogramme aller Hochschultypen müssen weitergeführt und ausreichend alimentiert werden.
- Die Schweiz ist auch Teil des Bildungsraums Europa. Engagements wie das europäische Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung sind weiterzuführen und sorgfältig zu evaluieren. Die gemachten Erfahrungen sind zu nutzen.
- Drei Viertel der Studierenden üben eine Erwerbstätigkeit aus. Mehr als vier Fünftel arbeiten auch während des Semesters. Der elterliche Beitrag beläuft sich auf durchschnittlich 55 Prozent der Einnahmen. 16 Prozent der Studierenden beziehen Ausbildungsbeihilfen. Dieses System verhindert den chancengleichen Zugang aller. Wir fordern eine materielle Harmonisierung der Stipendien sowie eine Erhöhung der Beiträge und unterstützen deshalb die Stipendieninitiative. Wir wehren uns gegen eine Erhöhung der Studiengebühren.
- Die Umsetzung der Bologna-Reform muss kritisch begleitet werden. Insbesondere die Mobilität der Studierenden, eines der Hauptziele der Reform, wird eher behindert statt gefördert. Die «Verschulung» der Studiengänge macht eine Erwerbsarbeit neben dem Studium zudem immer schwieriger, was der Chancengleichheit zuwiderläuft.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTS- POLITIK



7

EIN ARBEITSMARKT IM INTERESSE ALLER ARBEITENDEN

Ausgangslage

Die wirtschaftlichen Veränderungen der letzten dreissig Jahre und technologische Sprünge wie im IT-Bereich haben die Arbeitsgesellschaft tiefgreifenden Umbrüchen unterworfen. Das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Bildung, Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger. Neue Berufe und kreative Branchen entstehen, während andere, traditionelle Berufe unter Druck geraten und teilweise verschwinden. Das rechtlich vielfach vorausgesetzte Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben von immer mehr Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbständigkeit bestimmt. Die Lage vieler Arbeitnehmenden wird tiefgreifend individualisiert und schwächt historisch gewachsene Solidaritäten.

Von der Vollbeschäftigung sind wir derzeit weit entfernt. Ältere Erwerbslose haben kaum mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Viele Junge finden oft gar keinen Einstieg ins Erwerbsleben. Die Löhne vieler Lohnabhängiger werden unter dem Vorwand der Standortkonkurrenz gedrückt, während die Managerlöhne explodieren.

Das sind unsere Grundsätze

Erwerbsarbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen der wichtigste Lebensinhalt geblieben, weil sie die materielle Existenzgrundlage liefert und weil sie ihrem Leben Sinn gibt. Anständig bezahlte Erwerbsarbeit ist zudem das beste Mittel im Kampf gegen die Armut und die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das die SP verteidigt und einfordert. Arbeitslosigkeit ist eine riesige Verschwendung unserer wichtigsten Ressource, der menschlichen Arbeitskraft, und darf nicht einfach akzeptiert werden.

Für die SP ist klar, dass die Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Chancengleichheit wirtschaftspolitisch Trümpfe der Zukunft sind. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik, der Förderung einer hohen Arbeitsproduktivität und einer sozial abgefederten, flexiblen Arbeitsmarktpolitik ist es möglich, einen hohen Beschäftigungsgrad mit guten Löhnen und einem hohen Sozialschutz in Einklang zu bringen.

Der anhaltende Strukturwandel setzt eine Flexibilität des Arbeitsmarkts voraus. Das bedingt aber im Gegenzug eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Das soziale Sicherungsnetz muss ausgebaut werden. Es darf nicht wie im Rahmen der Revision der Arbeitslosenversicherung aus einer kurzfristigen Sparlogik Sozialabbau betrieben werden. Eine mit Beiträgen auf den gesamten Lohn finanzierte und wirkungsstarke Arbeitslosenversicherung muss allen Erwerbslosen ein sicheres Netz bieten und dafür sorgen, dass alle wieder eine neue und würdige Arbeitsstelle finden. Das schafft die Voraussetzungen für den sozialverträglichen Strukturwandel.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann der Staat mit einer ganzheitlichen Industriepolitik begünstigen. Die Schweiz hat leider in der Vergangenheit aus ideologischen Gründen auf eine aktive Wirtschaftspolitik verzichtet und sogar während Rezessionen zu lange mit Konjunkturpaketen zugewartet sowie diese zu wenig umfangreich ausgestaltet. Entscheidende Instrumente sind die staatlichen Investitionen insbesondere in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, in die Bildung, das Gesundheitswesen und natürlich in den ökologischen Umbau.

Das hat die SP erreicht

Der SP ist es gelungen, ihre Anforderungen an eine aktive Arbeitsmarktpolitik in die politischen Diskussionen einzubringen. Dank dem massiven Druck der SP lancierte der Bundesrat 2009 vor dem Hintergrund der Finanzkrise ein – wenn auch nur abge-specktes – Stabilisierungspaket, wobei insbesondere die vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe sowie die Ausweitung der Kurzarbeit einen entscheidenden Beitrag zur Konjunkturstabilisierung leisteten.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen bekämpft werden. Arbeitsverhältnisse mit untypischen Arbeitszeiten dürfen nicht zum Regelfall werden und müssen zusätzlich entschädigt werden. Arbeit auf Abruf kann in Ausnahmefällen nur akzeptiert werden, wenn die Angestellten während der Rufbereitschaft auch vollumfänglich entlohnt werden.
- Der Kündigungsschutz der Arbeitnehmenden muss insbesondere bei missbräuchlichen und ungerechtfertigten Kündigungen verbessert werden.
- Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit muss auf allen Funktionsstufen gefördert werden. Sie muss mit den gleichen Rechten wie die Vollzeitarbeit ausgestattet sein. So kann auch verhindert werden, dass gut ausgebildete Frauen aus dem Berufsleben ausscheiden, sobald sie Kinder haben. Teilzeitarbeit für Männer ist ausserdem ein wichtiger Schritt, um auch Vätern die Kinderbetreuung zu ermöglichen und so die historisch verfestigten Geschlechterrollen aufzubrechen.
- Der wirtschaftliche Strukturwandel muss aktiv begleitet werden. Dies bedeutet in erster Linie Investitionen in die Menschen mittels besserer Bildung und mehr Integration.
- Mit den nötigen Anreizen muss sichergestellt werden, dass behinderte Arbeitnehmende in den Arbeitsmarkt integriert werden können.
- Alle Erwerbstätigen müssen das Recht auf sechs Wochen Ferien und einen bezahlten Weiterbildungsurlaub von jährlich mindestens fünf Tagen erhalten. Für die immer teureren Weiterbildungen braucht es Finanzierungshilfen für die Auszubildenden, die gezielter wirken als Steuerabzüge (Weiterbildungsgutscheine). Sicherzustellen ist der gleichberechtigte Zugang der Frauen zur Weiterbildung.
- Der Anteil von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen muss mit gezielten Förder- und Nachwuchsprogrammen sowie Quoten erhöht werden.
- Mit der 2010 lancierten Cleantech-Initiative will die SP das Thema einer aktiven Industriepolitik in die Öffentlichkeit tragen und den ökologischen Umbau der Wirtschaft mit seinem immensen Arbeitsplatzpotenzial vorantreiben.

8 FAIRE LÖHNE FÜR ALLE

Ausgangslage

Seit Jahren hinken in der Schweiz die Löhne der Arbeitnehmenden der Produktivitätsentwicklung hinterher. Mit dem Schein-Argument der Wettbewerbsfähigkeit wurde seitens der Arbeitgeber auch bei hohen Unternehmensgewinnen immer wieder versucht, den Arbeitnehmenden ihren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg vorzuenthalten. Das ungeachtet der jährlich massiv steigenden Kosten für den Lebensunterhalt, insbesondere der Krankenkassenprämien und Mieten. Die Lohnentwicklung entscheidet massgeblich darüber, wie der gesellschaftliche Wohlstand in einer Volkswirtschaft verteilt wird. Die Lohnschere hat sich als Folge von zunehmenden individuellen Lohn-erhöhungen und explodierenden Entschädigungen an der Spitze nicht nur innerhalb von Betrieben beziehungsweise aufgrund der Lohndiskriminierung der Frauen geöffnet: Immer grösser wird auch die Differenz zwischen den einzelnen Branchen – mit den grössten Exzessen in der Finanzwirtschaft.

Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern beträgt nach wie vor durchschnittlich 19 Prozent, wobei 8 Prozent direkt aufgrund des Geschlechts diskriminierend sind. Der Arbeitsmarkt ist nach den Geschlechtern horizontal segregiert. Das bedeutet, dass es nach wie vor ausgeprägte Männer- beziehungsweise Frauenberufe gibt. 9,5 Prozent der Frauen und 17,5 Prozent der Männer sind Arbeitnehmende in Unternehmensleitungen.

Das sind unsere Grundsätze

Auch zur Stärkung der Binnennachfrage müssen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöht werden. Der Produktionsfaktor Arbeit muss im Interesse der mittleren und unteren Einkommen eine gerechtere Entlohnung erfahren. Der wirtschaftliche Erfolg darf nicht einseitig dem Produktionsfaktor Kapital zugeschlagen werden. Um die Lohnschere zu schliessen, braucht die Schweiz endlich einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieses in fast allen Staaten Europas verwendete Instrument wird helfen, in der Schweiz gezielt gegen Lohndumping vorgehen zu können. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmende im Gastgewerbe oder in der Reinigungsbranche trotz hundertprozentigem Arbeitseinsatz ihre Existenz nicht finanzieren können. Die Schweiz darf und kann sich keine Working Poor leisten.

Umgekehrt klettern die obersten Löhne ohne Regulierung ungebremst immer weiter nach oben – ohne Bezug zur wirtschaftlichen Leistung der Empfängerinnen und Empfänger. Die Löhne der Topkader werden nicht von einem Markt, sondern von einem kleinen Kartell von Headhuntern, Managern und Verwaltungsräten bestimmt. Jahresentschädigungen in Millionenhöhe haben mit Leistungslöhnen überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil: Lohnexzesse an der Spitze führen zu falschen Anreizen, das hat uns die globale Finanzkrise brutal vor Augen geführt. Die unverschämten Entschädigungen in den Teppichetagen lassen sich offensichtlich nur mit gesetzlichen

Regeln wie einer maximalen Lohnspanne zwischen den tiefsten und höchsten Löhnen endlich unterbinden.

Das hat die SP erreicht

Der SP ist es gelungen, das Problem der absolut unverhältnismässigen Manager-Saläre und die Diskrepanz zu den stagnierenden Reallöhnen der Mehrheit der Arbeitnehmenden öffentlich zu einem Thema zu machen und mit der Unterstützung der Abzocker-Initiative den Druck auf die Wirtschaft entscheidend zu erhöhen. Die 1:12-Initiative der JUSO hat vor dem Hintergrund der trotz Finanzkrise anhaltenden Boni-Exzesse ein überzeugendes Gegenmodell aufgezeigt. Dank der SP zeichnet sich derzeit ein brauchbarer indirekter Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative mit einer Bonus-Steuer auf überhöhten Löhnen ab.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Löhne müssen existenzsichernd sein. Jede Frau und jeder Mann muss die Möglichkeit haben, mit der eigenen Erwerbsarbeit die Existenz zu sichern. Dazu braucht es einen Mindestlohn von 22 Franken Stundenlohn oder 3800 bis 4000 Franken monatlich für alle.
- Lohn- und Sozialdumping bei der Anstellung von Arbeitnehmenden aus Billiglohnländern ist durch die konsequente Anwendung und den Ausbau der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr zu verhindern.
- Mittels konsequenter Anwendung des Gleichstellungsgesetzes müssen die Löhne der Frauen auf das Niveau der Männerlöhne angehoben werden.
- Die Bezüge der Unternehmensspitzen in Publikumsgesellschaften – für Management und Verwaltungsräte – müssen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zur erbrachten Leistung sowie zur Entwicklung der Unternehmung und der übrigen Löhne stehen. Zwischen den höchsten und den tiefsten Löhnen in einer Unternehmung ist eine Höchstspanne festzulegen.
- Vertraglich vereinbarte «Goldene Fallschirme» (Abgangsentschädigungen) und «Golden Hellos» (Antrittsentschädigungen) sind grundsätzlich zu verbieten. Sie schaffen falsche Anreize.
- Über die Vergütung von Management und Verwaltungsrat ist volle Transparenz herzustellen. Bei Publikumsgesellschaften haben die Generalversammlungen darüber zu entscheiden.

EINE FINANZ- UND STEUERPOLITIK IM INTERESSE DER NÄCHSTEN GENERATIONEN

Ausgangslage

Im internationalen Vergleich weist die Schweiz solide Finanzen und eine äusserst tiefe Staatsverschuldung auf. Hintergrund ist ein permanenter Sparkurs, der zunehmend die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt. Die Schweiz hat sogar im Krisenjahr 2009 11 Milliarden Franken für den Schuldenabbau verwendet. Der kurzfristige Blick auf den jährlichen Budgetüberschuss verhindert aber eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik, die mit Investitionen die Voraussetzungen für Wachstum schafft und in Krisenzeiten mit Ausgaben stabilisierend wirkt. Tiefe Steuer- und Sozialabgaben führen entgegen dem neoliberalen Credo nicht automatisch zu höherem Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist die sinnvolle Verwendung der Steuereinnahmen, etwa für wachstumssteigernde Investitionen in Infrastruktur oder Bildung. Ein gerechtes und einfaches Steuersystem ist Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Wer Schlupflöcher zulässt, untergräbt die Steuermoral.

Das sind die unsere Grundsätze

Die SP bekennt sich zu einem langfristig ausgeglichenen Haushalt. Staatsausgaben und -einnahmen sind langfristig ausgeglichen und konjunkturgerecht zu gestalten. Eine kluge Finanzpolitik berücksichtigt die konjunkturelle Lage, stärkt bei schwacher Nachfrage die Kaufkraft der Bevölkerung und legt in einer dynamischen Konjunkturphase Reserven für die Zukunft beiseite. Dies trägt mehr zu einem langfristig ausgeglichenen Haushalt bei als Steuersenkungen für Wohlhabende, die nicht einmal zu einer höheren Investitionstätigkeit führen. Kontinuierliche Steuersenkungen für hohe Einkommen und hohe Vermögen verhindern einen nachhaltigen Budgetausgleich.

In einem gerechten Steuersystem müssen alle Steuersubjekte und alle Einkommens- und Vermögensteile der Besteuerung unterliegen. Löhne, Gewinne, Zins- und Kapitaleinkommen, Erträge aus Immobilien, Erbanteile müssen vollständig erfasst werden. Je umfassender die Bemessungsgrundlage ist, desto tiefer können die Steuersätze sein. Mehr Steuergerechtigkeit führt tendenziell zu tieferen Steuern für alle.

Wer heute – wie viele Spitzenmanagerinnen und -manager – einen Teil des Lohnes in Form von Aktien und Optionen erhält, wird bevorzugt. Kleinsparerinnen und Kleinsparer müssen die Erträge auf ihren Sparguthaben voll versteuern. Private Kapitalgewinne hingegen entgehen der Besteuerung. Die Abschaffung der Erbschaftsteuer für die direkten Nachkommen hat ein neues Steuerprivileg für Vermögende geschaffen.

Der Verzicht auf Steuereinnahmen wird vielfach mit höheren Gebühren und Tarifen kompensiert. Gebühren belasten die unteren und mittleren Einkommen am stärksten. Die kantonalen Unterschiede in der Steuerbelastung sind mittlerweile so hoch, dass die interkantonale Solidarität und damit der nationale Zusammenhalt gefährdet ist: Wer in Delémont (JU) lebt, zahlt bei gleichem Einkommen und Vermögen viermal mehr kantonale und kommunale Steuern als Steuerpflichtige in der Steueroase

Freienbach (SZ). Der angeheizte Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen kennt mit Ausnahme einiger weniger mobiler Steuerpflichtiger mit grossen Einkommen und grossen Vermögen nur Verlierer.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP wurde nach einer ganzen Reihe von Steuersenkungspaketen für Unternehmen 2009 auch eine entsprechende Reform zugunsten der Familien realisiert. Besonders wichtig: Der Steuerrabatt pro Kind kann vom Steuerbetrag abgezogen werden, was hohe Einkommen nicht bevorzugt. Die SP-Steurgerechtigkeitsinitiative schaffte angesichts einer millionenschweren Kampagne der Wirtschaft zwar nicht die nötigen Mehrheiten, führte aber zu einer notwendigen öffentlichen Debatte über die negativen Auswirkungen eines exzessiven Steuerwettbewerbs.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die SP will einen starken Staat, der im Interesse der kommenden Generationen Investitionen tätigt, der die soziale Gerechtigkeit sichert, der den ökologischen Umbau der Wirtschaft aktiv unterstützt und mit einem handlungsfähigen Finanzhaushalt die Voraussetzungen für ein langfristiges Wachstum schafft.
- Die SP will eine Finanzpolitik, die die Ausgaben durch klare Prioritäten steuert. Subventionen und Steuervergünstigungen sind periodisch auf ihre Zweckmässigkeit zu überprüfen. Ein System der permanenten Aufgabenüberprüfung und eine blosser Ausgabenverlagerung auf Kantone und Gemeinden sind aber keine nachhaltigen finanzpolitischen Ansätze.
- Die Schuldenbremse muss korrigiert werden, damit dieses enge Ausgabenkorsett nicht den nötigen Infrastrukturerhalt und -ausbau verhindert. Investitionen sollen bei der Berechnung des Ausgabenspielraums ausgeklammert werden.
- Jede Einkommensart – ob Lohn, Rente, Erbschaft, Dividende, Kapitalgewinn – ist zu erfassen und nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen und unabhängig von Zivilstand, Geschlecht oder Nationalität zu besteuern.
- Mit der Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene kann die Steurgerechtigkeit verstärkt werden. Gleichzeitig ist die Pauschalbesteuerung abzuschaffen, da sie dem Verfassungsprinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit widerspricht.
- Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug muss auch im Inland beseitigt werden. Steuerhinterziehung soll gleich bekämpft werden können wie Steuerbetrug.
- Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und andere Missbräuche im Fiskalbereich müssen konsequent bekämpft werden. Dazu brauchen die Steuerverwaltungen zusätzliche Ressourcen.
- Es braucht einen neuen Anlauf für eine ökologische Steuerreform: Nach dem Verursacherprinzip sollen jene mehr zahlen, die die Umwelt stärker belasten.
- Der exzessive Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen muss eingeschränkt werden. Der Steuervermeidungstourismus, den sich nur vermögende, mobile Personen leisten können, soll sich nicht mehr lohnen. Die SP fordert klare Regeln für den Finanzausgleich NFA, insbesondere gegen die Verwendung von NFA-Geldern für Steuersenkungen in finanzschwachen Kantonen.

10

EIN SAUBERER FINANZPLATZ IM DIENSTE DER GESAMTWIRTSCHAFT

Ausgangslage

Mit immer riskanteren Wachstums- und Renditesteigerungsstrategien hat sich der Schweizer Finanzplatz insbesondere in den letzten 15 Jahren immer stärker vom Werkplatz abgekoppelt. Der Beinahe-Kollaps der Grossbank UBS als Folge der Spekulation auf dem amerikanischen Immobilien-Markt sowie der aufgedeckten Beihilfe zum Steuerbetrug hat das mit einem schlecht regulierten und beaufsichtigten Finanzplatz verbundene Risiko für die gesamte Volkswirtschaft deutlich aufgezeigt. Der Finanzplatz Schweiz pflegte während Jahrzehnten das Vermögensverwaltungsgeschäft im Graubereich der Steuerhinterziehung. Heute ist dieses Geschäftsmodell, das die SP immer kritisiert hat, am Ende, weil es international nicht mehr geduldet wird. Die Reputation der Schweiz als Wirtschaftsstandort hat darunter massiv gelitten. Ein tadelloser Ruf des Finanzplatzes ist aber unverzichtbar, um in Zukunft mit guten Dienstleistungen international erfolgreich bestehen und die Arbeitsplätze der Finanzbranche auch längerfristig erhalten zu können. Entscheidend ist eine intelligente Regulierung, die Missbräuche verhindert, für effiziente Dienstleistungen sorgt und gleichzeitig die nützlichen Funktionen von Finanz- und Kapitalmärkten in den Dienst des Werkplatzes stellt.

Das sind unsere Grundsätze

Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass die Finanzmärkte und ihre Akteure nicht dem freien Spiel der Marktkräfte und der Lobbys überlassen werden dürfen. Sie müssen gezügelt werden, nachdem die vergangenen Jahre von Deregulierung und unwirksamer Selbstverpflichtung gekennzeichnet waren.

Das bedeutet in der Schweiz insbesondere, dass die unfreiwillige faktische Staatsgarantie für Grossbanken («Too big to fail») nicht länger als Naturgesetz hingenommen wird. Es darf sich nicht wiederholen, dass das ganze Land in Geiselhaft gerät, weil eine Bank so gross ist, dass sie nicht fallen gelassen werden kann. Das beste Mittel gegen die faktische Staatsgarantie sind massiv mehr Eigenmittel. Eine absolute Beschränkung der Grösse der Banken und die Abtrennung des Investmentbankings müssen geprüft werden. Deshalb, weil die Grösse der Banken nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Problem ist.

Die Schweiz darf nicht länger eine Steuerhinterziehungsinsel bleiben. Sie muss der bisherigen Steuerfluchtspolitik eine klare Absage erteilen: Nur mit der längst überfälligen Einführung einer Weissgeld-Strategie und einem definitiven Verzicht aller Banken auf die Verwaltung von Steuerfluchtgeldern hat der Schweizer Finanzplatz wieder eine erfolgsversprechende Zukunft. Die Schweiz muss jetzt in die Offensive gehen, sonst wird unser Land weiterhin ein hoffnungsloses und für die Volkswirtschaft kostspieliges Rückzugsgefecht für ein längst überholtes Geschäftsmodell führen.

Ein gesetzliches Verbot, Steuerfluchtgelder anzunehmen, führt in der heutigen Situation zu einem Reputationsgewinn, schafft Vertrauen und hilft damit dem Finanzplatz Schweiz, seine eigentlichen Wettbewerbsvorteile wie Qualität der Dienstleistungen und der Mitarbeitenden, Effizienz und Stabilität auszuspielen. Zu lange hat der Finanzplatz Schweiz regulatorisch Unterschiede ausgenützt, statt auf Qualität zu setzen.

Das hat die SP erreicht

Der SP ist es gelungen, ihrem Konzept eines anderen Finanzplatzes, der sich nicht mehr auf die Vermögensverwaltung mit Steuerfluchtgeldern konzentriert, weitgehend zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der Einführung des OECD-Artikels 26 konnte die sozialdemokratische Forderung nach einer Gleichstellung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug bei der Amtshilfe endlich realisiert werden. Dank dem Druck der SP wurde in den letzten Monaten auch die Regulierung der Banken schrittweise verschärft.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Damit der Finanzplatz seine Vergangenheit als Steuerfluchthafen überwinden kann, müssen die Banken gesetzlich verpflichtet werden, nur noch steuerdeklariertes Kundenvermögen anzunehmen. Wie heute beim Verdacht auf Geldwäscherei sollen die Banken künftig auch bei Verdacht auf Steuerflucht Meldung an die zuständigen Behörden erstatten. Die un versteuerten Altlasten müssen in einem geordneten Prozess mit ausreichend langen Übergangsfristen legalisiert werden.
- Der Bundesrat muss endgültig auf die angekündigten Massnahmen verzichten, die als Zukunftsstrategie für den Finanzplatz verstärkt «alternative Anlagen» wie Hedgefonds in die Schweiz locken sollen.
- Die Finanzmarktaufsicht Finma muss aus unabhängigen Expertinnen und Experten zusammengesetzt werden. Die Regeln für den Finanzplatz dürfen nicht mehr in den Hinterzimmern der Banken vereinbart und via Rundschreiben der Aufsichtsbehörden kommuniziert werden, sondern sie müssen von Bundesrat und Parlament politisch, demokratisch und transparent definiert sowie gesetzlich verankert werden.
- Die Grossbanken stellen ein unverantwortliches Systemrisiko dar und müssen daher unter anderem mit massiv verschärften Eigenkapitalvorschriften (Basel III plus) und «Too-big-to-fail»-Gegenmassnahmen redimensioniert werden. Solange die faktische Staatsgarantie weiter besteht, muss sie abgegolten werden.
- Um die gefährliche Dominanz der beiden Grossbanken zu reduzieren, ist im Interesse der Haushalte und der KMU eine nationale Postbank mit einer Staatsgarantie zu lancieren. Die Postbank soll als Tochtergesellschaft der Post vollständig im Besitz des Bundes sein.
- Auf internationaler oder zumindest europäischer Ebene muss die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorangetrieben werden und die Schweiz muss sich als wichtiger Finanzplatz in den internationalen Gremien dafür einsetzen.
- Die Rolle der Nationalbank muss diskutiert und ihre Verantwortung für die Währungsstabilität und die Verhinderung der Währungsspekulation verankert werden.

11

MEHR KAUFKRAFT UND MEHR RECHTE FÜR KONSUMENTINNEN UND KONSUMENTEN

Ausgangslage

Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel. Das schwächt die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten und trifft insbesondere die tiefen und mittleren Einkommen. Die Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch die Unternehmen profitieren nur ungenügend von der Schwäche des Euro, welche die Importe massiv verbilligen müsste. Dasselbe gilt für die Parallelimporte patentgeschützter Güter und den Abbau technischer Handelshemmnisse. Die hohen Krankenkassenprämien und die hohen Wohnkosten schwächen die Kaufkraft zusätzlich. Zudem hinkt die Schweiz auch im Verbraucherschutz der EU hinterher.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich nicht nur für gute Löhne ein. Genauso wichtig ist die Stärkung der Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten. Die Kopfprämien der Krankenversicherung und die hohen Wohnkosten in den Ballungszentren und in den Tourismusregionen belasten die Budgets der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen massiv. Die SP setzt sich für einen funktionierenden Wettbewerb ein. Die Währungsgewinne müssen endlich an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weitergegeben werden. Die Durchsetzung des Cassis-de-Dijon-Prinzips darf nicht mit administrativen Hürden hintertrieben werden. Günstige Parallelimporte von patentgeschützten Gütern müssen zu einer Senkung der Preise im Inland führen. Die marktbeherrschenden Grossverteiler müssen ihre Margen senken. Die SP betreibt eine aktive Konsumentenpolitik und fordert deshalb seit langem, dass die hiesigen Konsumentenschutzbestimmungen an jene der EU angeglichen werden. Dazu braucht es ein umfassendes Konsumentenschutzrecht und den Schutz vor missbräuchlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen zulasten der Endverbraucherinnen und -verbraucher. Zudem strebt die SP die Befreiung der Kinder von den Krankenkassenprämien an und beabsichtigt, damit die Kaufkraft der Familien mit mittleren Einkommen zu stärken.

Das hat die SP erreicht

Die Zulassung von Parallelimporten patentgeschützter Güter aus dem EU-Raum (ausgenommen sind Heilmittel) wurde von der SP erkämpft. Es war auch die SP, die sich an vorderster Front für den Abbau technischer Handelshemmnisse eingesetzt hat. Eine parlamentarische Initiative der SP gegen Missbrauch beim Telefonverkauf hat die wichtige Eintretenshürde im Parlament genommen und befindet sich in der Detailberatung. Mit einer weiteren parlamentarischen Initiative der SP sollen die Garantiefristen im Kaufrecht auf EU-Niveau und somit auf mindestens zwei Jahre verlängert werden. Die vom Bundesrat präsentierte gute Vorlage für einen Ausbau des Schutzes vor unlauterem Wettbewerb will die SP zugunsten der Konsumentinnen und Konsumenten noch weiter ausbauen. Eine Motion der SP hat ausserdem erfolgreich die

Beseitigung der überhöhten Zollgebühren im grenzüberschreitenden Versand-Handel erkämpft. Dies muss nun 2011 umgesetzt werden.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Parallelimporte patentgeschützter Güter sollen auch bei Pharmaprodukten möglich werden. Insbesondere die Preise von Generika müssen massiv gesenkt werden.
- Die Revision des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb soll mit weiteren Verschärfungen wie der Möglichkeit der AGB-Überprüfung abgeschlossen werden.
- Das Kartellgesetz muss bei der laufenden Revision verteidigt und eher verschärft werden. Die Aufweichungswünsche verschiedener Wirtschaftskreise müssen bekämpft werden.
- Die eingeleiteten Massnahmen gegen die Hochpreisinsel Schweiz müssen endlich durchgesetzt und Währungsgewinne aufgrund des hohen Schweizer Frankens an die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Unternehmen weitergegeben werden.
- Die Rechte der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten müssen auf EU-Niveau ausgebaut werden.
- Zum Schutz der privaten Anlegerinnen und Anleger ist für Verkaufsgespräche von Finanzanlageprodukten und Vermögensverwaltungsmandaten eine obligatorische Protokollierungspflicht einzuführen wie sie etwa Deutschland seit einem Jahr kennt. Die Qualität der Beratung wird so erhöht und die Beweislage für die kleinen Anlegerinnen und Anleger im Schadenfall entscheidend verbessert.

Ausgangslage

Die Wohnkosten sind mit durchschnittlich 25 Prozent der grösste Posten in fast jedem Schweizer Haushaltsbudget. Die Mieten der angebotenen Wohnungen in den städtischen Gebieten und Agglomerationen haben sich in den letzten zehn Jahren um rund 60 Prozent verteuert, die Preise für Eigentumswohnungen sind sogar um 80 Prozent gestiegen. Das ist nicht erstaunlich, denn Wohnraum ist ein knappes, nicht vermehrbares Gut und auf dem Markt wird versucht, spekulativ das Maximum an Rendite zu erwirtschaften. Der globale Trend hin zu börsenkotierten Immobiliengesellschaften und Immobilienfonds hat Immobilien auch in der Schweiz zu einer spekulationsgetriebenen Ertragsanlage werden lassen. Mit der Ausnahme von Wohnbaugenossenschaften nutzen immer mehr Vermieter fast jede Gelegenheit, eine Wohnung noch ein bisschen teurer zu vermieten. Die Folge ist, dass der Wohnraum in immer mehr urbanen Quartieren für tiefe und mittlere Einkommen unerschwinglich wird und dadurch eine Entmischung der Quartiere stattfindet. Volkswirtschaftlich gesehen entziehen die Miet- und Kaufpreissteigerungen den Haushalten Mittel, die dem Binnenkonsum fehlen. Wenn beispielsweise die monatlichen Wohnungsmieten um 100 Franken pro Haushalt steigen, so werden dem Konsum drei Milliarden Franken pro Jahr entzogen. Der massgeblich durch die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften ermöglichte Aufschwung hat in den letzten Jahren die Nachfrage nach Wohnraum in den städtischen Gebieten noch erhöht. Um das Erfolgsmodell «Personenfreizügigkeit» nicht zu gefährden, sind auf dem Wohnungsmarkt flankierende Massnahmen notwendig, analog zu den flankierenden Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich dafür ein, dass für alle genügend bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume zur Verfügung stehen und die Belastung der Haushaltbudgets durch die Mieten gesenkt wird. Der ständigen Preissteigerung des Bodens, die durch Spekulation noch verschärft wird, muss die öffentliche Hand entgegenreten. Vor allem müssen die Städte und die Gemeinden durch den vorsorglichen Kauf von Land und eine gezielte Bauzonenpolitik erschwinglichen Wohnraum sicherstellen. Ausserdem sollen etwa Renovationsarbeiten nicht mehr derart stark auf die Miete überwälzt werden können wie heute. Gleichzeitig setzt sich die SP für einen starken Kündigungsschutz im Wohnungswesen ein.


Das hat die SP erreicht

Die SP hat sich im Nationalrat erfolgreich für einen neuen Rahmenkredit des Bundes für Eventualverpflichtungen zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus starkgemacht. Dieses Förderungsprogramm ermöglicht es, dass Wohnungen deutlich

unter den herrschenden Marktmieten angeboten werden können. Die SP hat mit ihrer Unterstützung der «Landschaftsinitiative» erreicht, dass im Rahmen der Revision des Raumplanungsgesetzes Anliegen der Initiative (wie etwa griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung) als Gegenentwurf übernommen worden sind. Klarere Vorgaben an die kantonalen Richtpläne, Regeln zur Dimensionierung des Baulands und Massnahmen gegen die Hortung von Bauland sind Schritte in die richtige Richtung.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die öffentliche Hand soll eigenes Land ausschliesslich gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abgeben.
- Städte und Gemeinden müssen aktiv nach Gelegenheit suchen, Bauland oder Industriebrachen zu erwerben. Der Boden soll dann im Baurecht Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen zur Verfügung gestellt werden.
- Der Bund und staatliche Betriebe wie SBB und Post sollen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten.
- Insbesondere Städte mit akuter Wohnungsnot und markanten Preissteigerungen sollen Zonen für den Wohnungsbau nach dem Grundsatz der Kostenmiete definieren und so für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen Wohnraum sicherstellen.
- Es braucht eine Stärkung der seit 30 Jahren ungenügend vollzogenen Mehrwertabschöpfung bei Ein- und Umzonungen durch eine zwingende Bundesregelung.
- Die Wohnkosten müssen gesenkt und die Mietzinse vom Hypothekarzins abgekoppelt werden. Kosten umfassender Sanierungen sollen nur noch in deutlich geringerem Umfang als heute an die Mietenden weitergegeben werden können, wie es der Grundsatz der Kostenmiete vorsieht.
- Langjährige Mieterinnen und Mieter sollen ein Vorkaufsrecht erhalten. Der Kündigungsschutz bei Wohnungs- und Geschäftsmieten muss verbessert werden, insbesondere nach Handänderungen und bei Spekulationsabsichten. Mittels Formularpflicht muss die Anfechtung der Anfangsmiete erleichtert werden, das mietgerichtliche Verfahren soll kostenlos sein.
- Die Kantone sollen verpflichtet werden, in ihren Richtplänen Gebiete zu bezeichnen, in denen Massnahmen zu treffen sind, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen. Die SP verlangt zudem eine Kontingentierung. Die Ziele dieser Massnahmen sind in den Richtplänen zu präzisieren. Die Auslastung bestehender Zweitwohnungen soll verbessert, Hotellerie und preisgünstige Erstwohnungen sollen gefördert werden. Der Eigenmietwert von Zweitwohnungen sollte 100 Prozent betragen und eine Lenkungsabgabe ist ins Auge zu fassen.
- Die Folgen der Personenfreizügigkeit auf den Wohnungsmarkt müssen genau beobachtet und die flankierenden Massnahmen ergänzt werden.
- Immobilien sind ein anfälliger Sektor für Geldwäscherei. Darum müssen auch Immobiliengeschäfte dem Geldwäscherei-Gesetz unterstellt werden.
- Pensionskassen dürfen sich nicht nur auf das Hochpreissegment im Immobiliensektor beschränken: Sie müssen verpflichtet werden, in ihren Anlagestrategien einen festen Anteil in den Bau kostengünstiger Familienwohnungen zu investieren.



**ENERGIE-, KLIMA-,
UMWELT- UND
VERKEHRSPOLITIK**

EIN STARKER SERVICE PUBLIC FÜR MEHR CHANGENGLEICHHEIT UND WERTSCHÖPFUNG

Ausgangslage

Ein starker und demokratisch legitimierter Service public ist ein wichtiger Faktor für die Förderung der Chancengleichheit. Er ist für die soziale und nationale Kohäsion und die Lebensqualität von zentraler Bedeutung. Mit der Gewährleistung von Dienstleistungen zugunsten der Allgemeinheit trägt er dort, wo private Anbieter dazu nicht in der Lage oder nicht willens sind, zu Wertschöpfung und gesellschaftlichem Wohlstand bei. Der Service public stellt aber auch einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor und einen Standortvorteil dar. Der Anteil des Service public an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in der Schweiz wurde 2006 in einer Studie auf etwa 22 Prozent geschätzt. Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über eine gut ausgebaute und qualitativ hoch stehende Infrastruktur in diesem Bereich und die Infrastruktursektoren gehören zu den bedeutenden Wirtschaftszweigen des Landes.

Das sind unsere Grundsätze

Der Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung der Bevölkerung mit elementaren Waren und Dienstleistungen, bei der dem Staat eine Verantwortung zukommt. Dabei sind für uns Chancengleichheit und Solidarität die zentralen Kriterien. Darunter verstehen wir den flächendeckenden, kontinuierlichen und einfachen Zugang zu einem Grundangebot des Service public zu erschwinglichen Preisen für alle Menschen in allen Regionen des Landes. Die Preise innerhalb eines Sektors sollen überall die gleichen sein («System Briefmarke»). Wegen ihrer grossen Bedeutung für die gesellschaftliche Wohlfahrt und ihrer Neigung zu natürlichen Monopolen zählen die Dienstleistungen und Infrastrukturen des Service public sowie deren Bau und Unterhalt zu den öffentlichen Aufgaben. Sie müssen deshalb (zumindest mehrheitlich) in öffentlicher Hand bleiben. Zum Service public zählen wir die «klassischen» Bereiche wie Post, Telekommunikation und öffentlicher Verkehr (Bahn und Bus). Aber auch Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder Sicherheit gehören dazu.

Das hat die SP erreicht

Der SP ist es gelungen, ihre Anforderungen an einen solidarisch ausgestalteten und finanzierten Service public aktiv in die politischen Diskussionen einzubringen und sie zu verteidigen. Dabei wusste sie die Mehrheit des Volkes hinter sich. In den Diskussionen haben wir die Rolle des Staates klar definiert und dazu beigetragen, dass er seine Verantwortung wahrnimmt und auch wahrnehmen kann. Dank der SP sind die Swisscom und ihr Netz als Wertanlage für unser Land erhalten geblieben, indem wir uns gegen die Privatisierung erfolgreich zur Wehr gesetzt haben. Auch bei der Post konnten weitere Liberalisierungsschritte verhindert werden.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Post erbringt landesweit hochstehende und preisgünstige Dienstleistungen in der Brief- und Paketbeförderung. Im Zahlungsverkehr und im öffentlichen Verkehr sichert sie den Zugang der Schweiz zu wichtigen internationalen Verteilnetzen. Der sichere und transparente Weg, um Umfang und Qualität der Grundversorgung sowie distanzunabhängige Preise sicherzustellen und zu finanzieren, ist das Restmonopol bei der Briefpost (50 Gramm). Wir wehren uns deshalb gegen weitere Liberalisierungen. Die SP fordert den Ausbau der Postfinance zu einer Postbank in 100-prozentigem Bundesbesitz und setzt sich dafür ein, dass die Forderungen der Initiative «Für eine starke Post» umgesetzt werden. Dazu gehört insbesondere der Erhalt eines flächendeckenden Poststellennetzes.
- Im Bereich Telekommunikation wollen wir, dass alle Menschen in allen Landesteilen Zugang zu einem Basisangebot an grundlegenden Fernmeldediensten in bester Qualität und zu gleichem Preis haben. Dazu gehört eine leistungsfähige Glasfasernetz-Infrastruktur (Multifasermmodell, d.h. Mehrfaserkabel bis zu privaten Endkundinnen und -kunden) oder ein vergleichbares Angebot, das chancenreichen Zugang zu Informationen sowie sozialen Austausch ermöglicht. Teure Parallelinvestitionen sind dabei zu vermeiden. Wir setzen auf Kooperationen und den funktionierenden Wettbewerb. Allfällige Privatisierungswünsche bei der Swisscom werden wir wiederum bekämpfen.
- Bei den Arbeitsbedingungen von Unternehmungen des Service public fordern wir verbindliche, in einem Gesamtarbeitsvertrag festgeschriebene Vorgaben bezüglich Gleichstellung, Angeboten für Menschen mit Behinderungen sowie eines guten Angebots an Praktikums- und Lehrlingsplätzen. Lohn- und Sozialdumping sind auszuschliessen, auch und gerade in ausgelagerten Unternehmenseinheiten.
- Umweltschutz, Förderung der Nachhaltigkeit und schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen und Leistungen des Service public hängen direkt zusammen. Für eine Verstärkung dieser Verbindung machen wir uns stark.
- Bei der Regulierung werden wir uns für eine transparente Form aussprechen, die den Anforderungen des jeweiligen Bereichs – sei es Post oder Telekommunikation – Rechnung trägt, unsere Anforderungen umsetzt und Wettbewerb fördert, allerdings nicht auf Kosten des Personals oder der Arbeitsbedingungen.

EINE GESUNDE UMWELT DIENT MENSCH UND WIRTSCHAFT

Ausgangslage

Zwischen 1981 und 2005 hat sich das globale BIP mehr als verdoppelt. Gleichzeitig wurden 60 Prozent der Ökosysteme geschädigt oder nicht nachhaltig genutzt. Die Folgen sind eine geringere Biodiversität und eine immer noch steigende Umweltverschmutzung durch die Nutzung fossiler Energieträger. In der Schweiz ist der Ressourcenverbrauch pro Person mehr als doppelt so gross, als es ökologisch tragbar wäre. Die Zersiedelung der Landschaft hat in den letzten 20 Jahren um fast 15 Prozent zugenommen. Im Mittelland sind die unzerschnittenen Flächen um die Hälfte geschrumpft. Die landschaftliche Qualität hat stetig abgenommen.

Das sind unsere Grundsätze

Verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen heisst «Mehr aus weniger schaffen» und bringt mehr Lebensqualität, Umweltschutz, Wohlstand und Gerechtigkeit. Wir setzen uns ein für einen sorgfältigen Umgang mit Boden, Luft und Gewässern. Vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen und steigender Preise wollen wir unsere Produktivität auf Nachhaltigkeit ausrichten. In diese Richtung gehen die OECD, verschiedene UN-Organisationen und auch die EU mit ihrer Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Wir können das Wirtschaftswachstum von der ungebremsten Ressourcennutzung abkoppeln. Die Schweiz kann mit ihrem Knowhow und ihrer Forschung einen Beitrag zur Umsetzung leisten und gleichzeitig selber profitieren. Umweltfragen sind globale Fragen und Nichthandeln wird uns teuer zu stehen kommen.

Das hat die SP erreicht

Wir haben mitgeholfen, dass bei der Luftschadstoffbelastung, bei der Gefährdung durch nicht ionisierende Strahlung (Handy) oder bei den Lärmemissionen Schutzbestimmungen und Grenzwerte eingeführt wurden. Die SP hat sich mit Erfolg für den Schutz und Erhalt der Gewässer und der in ihnen lebenden Tiere und Pflanzen eingesetzt und sich gegen Verschlechterungen bei den Gewässerschutzbestimmungen gewehrt.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Konsumentinnen und Konsumenten sollen umfassende Informationen erhalten, die ihnen aufzeigen, welche Produkte und Dienstleistungen umwelt- und ressourcenschonend sind. Nur so können überhaupt verantwortliche Konsumententscheidungen getroffen werden.
- Die Ökologisierung des Steuersystems muss vorangetrieben werden. Steuerliche Anreize fördern umweltschonendes Handeln – das zeigen die CO₂-Abgabe oder die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe.

- Im Sinne der Nachhaltigkeit fordern wir die Anwendung von Kriterien, die das BIP auch an sozialen und ökologischen Entwicklungen messen.
- Wir fordern eine Ausbildungsoffensive, die die Aspekte der Nachhaltigkeit als selbstverständlichen Bestandteil der Aus- und Weiterbildung aufnimmt. Der Geschlechterfrage ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
- In der Landwirtschaftspolitik müssen die Direktzahlungen an ökologische Kriterien geknüpft werden und zum Erhalt der Biodiversität beitragen.
- Die Biodiversitätsverluste müssen gestoppt werden. Die Schweiz muss dazu ihren Beitrag leisten.
- Die Gesamtfläche der Bauzonen soll während 20 Jahren nicht vergrössert werden, insbesondere muss die Spekulation im Bereich des Zweitwohnungsbaus unterbunden werden. Wir setzen uns ein für den Schutz des Kulturlands, die Trennung von Bau- und Nichtbaugelände und die Siedlungsentwicklung nach innen. Wir unterstützen deshalb die Ziele der Landschaftsinitiative.
- Es braucht genügend Wohnraum für die Mittelschicht und für sozial schlechter gestellte Menschen. Mit der Raumplanung sollen deshalb auch der soziale Wohnungsbau sowie der Zugang zu günstigem Wohnraum gefördert werden. Entsprechende Steuerungsinstrumente, seien dies Subventionen, Quoten oder andere zielführende Instrumente, sind sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene einzusetzen. Die Realisierung von Wohnbauten durch Wohnbaugenossenschaften muss gefördert werden. Ziel muss eine ausgewogene Durchmischung der Quartiere sein.

Ausgangslage

Die Schweiz verfügt über ein System des öffentlichen Verkehrs von europaweit einmaliger Dichte und Qualität. Verkehrsinfrastrukturen sind von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt der Regionen, die Wirtschaftskraft und die Lebensqualität. Sie stellen einen wichtigen Faktor im Standortwettbewerb dar. In der öffentlichen Diskussion aber werden häufig die Kosten in den Vordergrund gerückt, der Nutzen wird vernachlässigt. Ohne ein dichtes, effizientes und modernes ÖV-Netz wäre die Mobilität in der Schweiz aber gar nicht zu bewältigen. Ausserordentlich ist die Unterstützung durch die Bevölkerung, die sich in mehreren Volksabstimmungen gezeigt hat. Trotzdem bewegt sich die Entwicklung des Schienennetzes zunehmend im Spannungsfeld zwischen steigendem Bedarf und finanziellen Einschränkungen. Funktionsstörungen beeinträchtigen die Sicherheit und verursachen Kosten. Neue Einnahmen sind deshalb unumgänglich.

Das sind unsere Grundsätze

Wir setzen uns für einen starken öffentlichen Verkehr ein. Damit untrennbar verbunden ist der Fuss- und Veloverkehr. Gegen den Ausbau von Strassen setzen wir uns zur Wehr. Damit werden Staus nämlich nicht beseitigt, im Gegenteil: Der Verkehr nimmt zu, wie sich das beispielsweise beim Baregg-Tunnel zeigt. Eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik muss dazu beitragen, dass der Autoverkehr in und um die Kernstädte und in den Agglomerationen abnimmt. Die Internalisierung der externen Kosten ist dafür eine zentrale Voraussetzung. Wir kämpfen für weniger Lärm und weniger Luftverschmutzung. Wir setzen uns ein für mehr öffentlichen Raum für alle Bevölkerungsgruppen, namentlich für Kinder oder für in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkte Menschen. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die zum Klimaschutz beiträgt. Für die SP sind deshalb der langfristige Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau des Schienennetzes aus sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicht von grösster Bedeutung. Güter gehören auf die Bahn. Wegen ihrer grossen Bedeutung für die Gesellschaft gehören Bau und Unterhalt des Schienennetzes zu den öffentlichen Aufgaben und müssen in öffentlicher Hand bleiben. Substanzerhalt und Erhalt der Funktionalität des bestehenden Schienennetzes stehen im Vordergrund.

Das hat die SP erreicht

Die bisherige, von der SP massgeblich mitgestaltete Verkehrspolitik ist ein Erfolgsprojekt. In keinem anderen europäischen Land ist der Anteil der Schiene im Güterverkehr höher. Das System einer starken Bahn aus einer Hand (integrierte Bahn) steht für Qualität und Sicherheit. Die Verkehrs- und Verlagerungspolitik entspricht auch dem Volkswillen: Sie wurde von Volk und Ständen mehrfach bestätigt. Unter anderem dank der SP sagte das Volk deutlich Nein zur «Avanti-Vorlage» und somit Nein zu einer

zweiten Gotthardröhre. Die SP hat dazu beigetragen, dass die Kosten des Strassenverkehrs von denjenigen bezahlt werden, die sie verursachen. Die Wirksamkeit der LSVA ist erwiesen, ihre Berechtigung bestätigt. Die von der SP unterstützte NEAT ist ein Erfolgsprojekt mit nationaler und internationaler Ausstrahlung, der Gotthardtunnel ein Symbol für eine moderne Verkehrszukunft. Die «Agglomerationsprogramme», die vor allem den Ausbau des öffentlichen sowie des Fuss- und Veloverkehrs zum Ziel haben, gibt es dank der SP. Die Schweiz hat im Bahnbereich innerhalb von Europa eine Vorreiterrolle eingenommen und unter sozialdemokratischer Führung insbesondere im Sicherheitsbereich eine wichtige Rolle gespielt.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Das mit dem Alpenschutzartikel gesetzte Ziel, maximal 650 000 Lastwagen pro Jahr über die Schweizer Alpen fahren zu lassen, muss realisiert werden. Wir setzen uns für das wirksamste Instrument ein: die Alpentransitbörse. Damit werden die externen Kosten internalisiert.
- Die konsequente Verkehrsverlagerung entlastet auch den Gotthard. Wir werden den Bau einer zweiten Gotthardröhre verhindern. Diese ist unnötig und erhöht das Verkehrsvolumen. Mit einer starken Bahn wird die Mobilität für Personen und Güter in allen Landesteilen gewährleistet. Damit wird auch der Bevölkerungsentwicklung Rechnung getragen, die nach nachhaltigen Lösungen verlangt.
- Die Leistungsfähigkeit des SBB-Netzes muss gewährleistet bleiben. Auch der Unterhaltsbedarf bei den Infrastrukturen der Privatbahnen muss gesichert sein. Wir prüfen unter anderem, wie die Finanzierung von Ausbau und Unterhalt aus einem Gefäss sichergestellt werden kann, so dass eine stetige Finanzierung gewährleistet ist.
- Die Finanzierung für die bereits beschlossenen Bahnprojekte sowie von «Bahn 2030» muss langfristig gesichert werden. Das Projekt «Bahn 2030» muss als griffiger direkter Gegenvorschlag zur von uns unterstützten Volksinitiative «für mehr öffentlichen Verkehr» ausgestaltet werden. Andernfalls werden wir der Initiative zu einer Mehrheit in der Volksabstimmung verhelfen.
- Für alle Angestellten des öV müssen faire und moderne, auf Gesamtarbeitsverträgen basierende Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Ausschreibungen im Busbereich dürfen nicht zu Lasten des Personals gehen.
- Mobilität, die keine Umweltbelastung verursacht und gesund ist, muss sicher und ohne Unterbrechung möglich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Velofahrerinnen und -fahrer sowie Fussgängerinnen und Fussgänger freie Fahrt haben.
- Wir leisten einen Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie das sogenannte Mobility Pricing (Finanzierung gemäss Verursacherprinzip für Strasse und Schiene als Ersatz für alle bisherigen Abgaben wie Mineralölsteuer) sozial und umweltfreundlich ausgestaltet werden kann.
- Wir setzen uns für die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen im Strassenverkehr («Via Sicura») ein.

16

CLEANTECH BRINGT DIE NACHHALTIGE ENERGIEZUKUNFT

Ausgangslage

Die Schweiz ist zu 80 Prozent von Energieimporten abhängig. Unsere Energie-Abhängigkeit basiert auf klimaschädigendem und zu Ende gehendem Erdöl, Erdgas und Uran. Dass wir diese Energie meistens aus den Krisenregionen der Welt importieren, macht die Ausgangslage noch schwieriger. Unserer Volkswirtschaft gehen durch diese Abhängigkeit riesige Geldmittel verloren, obwohl wir in der Lage sind, Energie- und Ressourceneffizienz zusammen mit der verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien selbständig und schnell voranzubringen. Als international führender Innovationsstandort besitzt die Schweiz in der gesamten Wertschöpfungskette gute Voraussetzungen, Cleantech-Produkte und -Dienstleistungen für den Heimmarkt und die globalen Märkte zu entwickeln und erfolgreich zu platzieren.

Das sind unsere Grundsätze

Die Ausgaben für Energie betragen im Jahr 2008 33 Milliarden Franken, davon 23 Milliarden für fossile Energien. Dieses Geld kann besser eingesetzt werden. Werden erneuerbare Energien genutzt und die Energieeffizienz gestärkt, führt dies zu Wertschöpfung im Inland und zur langfristigen Sicherung des Wohlstands in unserem Land. Das technologische Potenzial ist vorhanden. Für den Durchbruch braucht es aber den politischen Willen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere die Elektrizitätsunternehmen, die den Kantonen und den Gemeinden gehören, müssen ihre Verantwortung für eine nachhaltige Energiezukunft viel stärker wahrnehmen. McKinsey und andere haben bestätigt, was wir schon lange sagen: Investitionen in Erneuerbare und Energieeffizienz schaffen Tausende von Arbeitsplätzen. Zuerst müssen aber die bestehenden Blockierungen und Behinderungen beim Ausbau der Erneuerbaren aufgehoben werden und der förderliche Rahmen für Energieeffizienz-Investitionen muss verbessert werden. Hier setzt die Cleantech-Initiative der SP an: Wir lösen die angezogene Bremse und ermöglichen Investitionen von Firmen und Privaten. Wir wollen so langfristig 100 000 Arbeitsplätze schaffen.

Das hat die SP erreicht

Für Investitionen in die erneuerbare Stromproduktion haben wir massgeblich mitgeholfen, die kostendeckende Einspeisevergütung zu schaffen. Sie ermöglicht den Marktdurchbruch für alle erneuerbaren Energien. Um den Gebäudepark energetisch fit zu machen, haben wir ein nationales Gebäudesanierungsprogramm auf den Weg gebracht. Damit werden pro Jahr rund 10 000 Gebäudesanierungen ausgelöst. Die SP hat mit ihrer Cleantech-Initiative die Zeichen der Zeit früh erkannt und leistet einen Beitrag für eine Energieversorgung, die ab 2030 zu mindestens 50 Prozent erneuerbar ist.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Mit unserer Cleantech-Initiative setzen wir auf eine erneuerbare Energiezukunft und auf verstärkte Energieeffizienz. Wir wollen diese Volksabstimmung gewinnen und das Energiewendeziel auf Verfassungsebene festlegen.
- Den Bau neuer Atomkraftwerke werden wir mit allen politischen Mitteln verhindern. Jede Kilowattstunde aus einem AKW verhindert Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien.
- Beim Klimaschutz setzen wir uns für ein inländisches Reduktionsziel von mindestens 30 Prozent bis 2020 ein. Die Schweiz muss auch einen solidarischen Beitrag für Klimaschutzmassnahmen auf internationaler Ebene leisten.
- Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs muss massiv erhöht werden. Umweltfreundliche Antriebe (Elektromobilität mit sauberem Strom) müssen gefördert und Vorgaben der EU bei der Emissionsbegrenzung für Personwagen übernommen werden.
- Der Deckel bei der kostendeckenden Einspeisevergütung und damit die Blockierung der erneuerbaren Energienutzung müssen weg. Insbesondere die Sonnenenergie muss stärker gefördert werden.
- Mit intelligenten Anwendungen erreichen wir einen Drittel Effizienzgewinn beim Elektrizitätskonsum. Die Verbrauchsstandards sind daher kontinuierlich und ambitiös dem Stand der Technik anzupassen.
- Die zwei Millionen Gebäude verbrauchen die Hälfte der Energie. Über 40 Prozent des CO₂ entstehen beim Heizen. Dieser Energieverbrauch kann bis 2050 halbiert werden. Die rechtzeitige und sukzessive energetische Sanierung der bestehenden Gebäude ist daher zu fördern.
- Für Neubauten muss das Plus-Energie-Haus rasch zum Standard werden.
- Elektrizitätsnetze müssen zu «Smart Grids» umgewandelt werden. Bestehende Atomkraftwerke müssen stillgelegt und der Atom Müll muss sicher entsorgt werden, um jegliche Gefährdung von Mensch und Umwelt zu vermeiden.

**DEMOKRATIE,
GLEICHSTELLUNG,
RECHTSSTAAT UND
BÜRGERRECHTE**

Stimmlokal

Ausgangslage

Seit der Einführung des Frauenstimmrechtes 1971 hat die Schweiz eine soziale Revolution in der Gleichstellung der Geschlechter erlebt und trotzdem ist der gegenwärtige Stand der Rollenverhältnisse nach wie vor von Veränderung und von tief sitzenden Klischees und Diskriminierungen geprägt.

Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern beträgt durchschnittlich 19 Prozent, wobei 8 Prozent direkt aufgrund des Geschlechts diskriminierend sind. 62 Prozent der Frauen sind 2009 erwerbstätig (75 Prozent der Männer), wobei 57 Prozent der Frauen und 13 Prozent der Männer Teilzeit arbeiten. Der Arbeitsmarkt ist nach den Geschlechtern horizontal segregiert, das bedeutet, dass es nach wie vor ausgeprägte Männer- respektive Frauenberufe gibt. 9,5 Prozent der Frauen und 17,5 Prozent der Männer sind zudem Arbeitnehmende in Unternehmensleitungen. Die Vertretung in der Politik ist geprägt von einer Frauenmehrheit im Bundesrat (57 Prozent), 30 Prozent Frauen im National- und 21 Prozent im Ständerat. In den kantonalen Parlamenten sitzen 25 Prozent und in den kantonalen Exekutiven 22 Prozent Frauen. 41 Prozent der Frauen verfügen über einen Universitätsabschluss, der Anteil Professorinnen beträgt jedoch nur 16,4 Prozent.

Die Gleichstellung gerät in einen Geschlechterkampf von rechts: Konservative Publizierende und Politisierende, Männerrechtler, Familienfundamentalisten und Abtreibungsgegnerinnen und -gegner wenden sich gegen die Gleichstellung, indem sie Biologismen heranziehen, Männer zu Opfern der Gleichstellung machen, sich unter Berufung auf freiheitliche und zivilgesellschaftliche Prinzipien gegen «staatliche Bevormundung» stellen und somit generell jeglichen Staatsabbau befürworten. Obwohl das schweizerische Stimmvolk 2005 dem Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare mit 58 Prozent klar zugestimmt hat, werden Lesben und Schwule weiterhin diskriminiert. Dies macht sich in jedem Lebensbereich bemerkbar, speziell aber bei der Wohnungs- und der Arbeitssuche.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht klar zur Gleichstellung der Geschlechter und setzt sich für eine Politik ein, die der Individualisierung Rechnung trägt. Dabei gilt der Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter, wie er im Artikel 8 der Bundesverfassung festgeschrieben steht. Die SP setzt sich dabei klar gegen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung ein und fordert die Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ein. Dabei dienen sowohl die Frauenrechtskonvention CEDAW als auch die UNO-Forderungen zur Beteiligung der Männer am Gleichstellungsprozess als Basis. Die SP setzt sich weiterhin für die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger ein und bekämpft Homophobie.

Das hat die SP erreicht

Die SP ist die Partei der Gleichstellung. Sie prägt diese massgeblich und fordert sie immer wieder ein – sei es beim Verfassungsartikel 1981, dem neuen Eherecht 1988, dem Gleichstellungsgesetz im Erwerbsleben 1996, dem neuen Scheidungsrecht 1999, dem Partnerschaftsgesetz 2007 oder auch immer wieder mit Vorstössen, wie etwa der Forderung nach einer prioritären Zielsetzung der Umsetzung der Gleichstellung in der Legislaturplanung des Bundes 2012 bis 2016. Die SP lebt diese Grundsätze auch innerhalb der Partei, indem sie Quoten einsetzt, um Gremien und Wahllisten paritätisch zu gestalten, seit 100 Jahren eine eigene Frauenorganisation hat und auf den verschiedenen föderalen Ebenen Gleichstellungskommissionen kennt und fördert.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Lohnbenachteiligung der Frauen wird auf maximal 10 Prozent reduziert und die Lohnpolitik jedes Unternehmens flächendeckend mittels der zur Verfügung stehenden statistischen Instrumente überprüft.
- Die Teilzeitarbeit muss neu diskutiert werden. Momentan ist sie eher ein Hindernis bei der beruflichen Entwicklung. Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit muss aber für beide Geschlechter auf allen Funktionsstufen gefördert werden. Dabei sollen Modelle der Lebensarbeitszeit und der Möglichkeit von befristeten Urlauben bei Krankheit oder Betreuung diskutiert werden, ohne dass dabei der soziale Schutz vernachlässigt oder Geschlechterrollen zementiert werden.
- Der Anteil der Frauen im Kader der Bundesverwaltung, der bundesnahen Unternehmen und in den Verwaltungsräten von bundesnahen Unternehmungen wird auf mindestens 30 Prozent erhöht. Quoten als strukturelle Massnahme werden weiterhin eingefordert.
- Ein allgemeines Diskriminierungsverbot im Sinne des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) soll geschaffen werden. Dieses Verbot muss auch Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität einschliessen und einen wirksamen privatrechtlichen Schutz beinhalten. Gleichgeschlechtlichen Paaren muss die Adoption unter den gleichen Bedingungen wie heterosexuellen Paaren zugestanden werden. Eingetragene ausländische Partnerinnen und Partner von Schweizerinnen oder Schweizern sollen sich wie Eheleute erleichtert einbürgern lassen können.
- Die Schweiz muss die Frauenrechtskonvention CEDAW endlich besser bekannt machen und für ihre Durchsetzung und Implementierung in die nationale Gesetzgebung sorgen. Weiter müssen endlich griffige Massnahmen her, die die Geschlechterstereotypen abbauen. Nur so kann in der Bildung und im Erwerbsleben, von der Berufswahl bis hin zur Berufung in Verwaltungsräte oder Professuren, die Gleichstellung erreicht werden.
- Dringender Handlungsbedarf besteht nach wie vor bei der Gewalt in Partnerschaften: Es braucht öffentliche Kampagnen gegen Gewalt an Frauen und ein Rahmengesetz, das häusliche Gewalt einschliesst. Das Gesetz soll alle Formen von Gewalt in Partnerschaften verurteilen und für Opfer sofortige Rechtshilfe und Schutz vorsehen. Es braucht staatlich mitfinanzierte Begleitmassnahmen für Opfer, Schutzeinrichtungen und eine zivilstandsunabhängige Aufenthaltsgenehmigung für Migrantinnen und Migranten.

18

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT BRAUCHEN TRANSPARENZ UND KLARHEIT

Ausgangslage

Gemäss Transparency International ist die Schweiz bezüglich der Transparenz in der Parteienfinanzierung «ein Entwicklungsland mit grossem Verbesserungspotenzial». Die Mehrzahl der westlichen Demokratien hat seit den 1960er-Jahren sukzessive Transparenz geschaffen – nicht so die Schweiz. Dass die Unterschiede zwischen den Parteien und den politischen Akteuren enorm sind, haben die Wahlen 2007 gezeigt – 2011 wird diese Tendenz noch zunehmen. Die OSZE hat die Schweiz deswegen nach den Wahlen 2007 gerügt – geschehen ist seither nichts. Demokratiepolitisch ist dies von höchster Brisanz, weil der Umfang der zur Verfügung stehenden Finanzen einen direkten Einfluss auf den politischen Erfolg hat. Das dem so ist, hat die Abstimmung über die Steuergerechtigkeitsinitiative einmal mehr exemplarisch aufgezeigt.

Besonders problematisch ist, dass in den letzten Jahren vermehrt Volksinitiativen, die grundlegende Verfassungswerte und Völkerrecht verletzen (Minarett- und Ausschaffungsinitiative), mit millionenschweren Kampagnen mehrheitsfähig gemacht wurden. Für die SP sind die direktdemokratischen Instrumente von höchstem Wert, aber sie haben zugleich die Grundrechte und die Rechte von Minderheiten zu respektieren. Es braucht hier einschränkende Bestimmungen, die verhindern, dass Initiativen zur Abstimmung gebracht werden können, die grundlegende Werte unserer Gesellschaft ausser Kraft setzen.

Das sind unsere Grundsätze

Demokratie und insbesondere die direkte Demokratie schweizerischer Ausprägung kann nur funktionieren, wenn zwischen den politischen Akteuren einigermaßen Chancengleichheit herrscht. Diese ist je länger desto weniger gegeben. Die SP fordert deshalb regulierende Massnahmen, um das Funktionieren der direkten Demokratie weiterhin sicherzustellen. Ein erster Schritt besteht in der Pflicht zur Offenlegung der Parteifinanzen, damit den Abstimmenden die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse überhaupt erst bewusst werden. In einem zweiten Schritt müssen Ausgabenbeschränkungen eingeführt und die Finanzierung der politischen Parteien sichergestellt werden. Alle müssen sich an die unveräusserlichen Werte der Verfassung und des Völkerrechts halten. Das gilt sowohl für das Volk als obersten Souverän beim Abstimmen über Volksinitiativen wie auch für seine Vertreterinnen und Vertreter im Parlament beim Erlass von Gesetzen.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat beim Thema Transparenz bei der Wahl- und Abstimmungsfinanzierung nicht lockergelassen und es immer wieder aufs Tapet gebracht. Obwohl auch zwischen den bürgerlichen Parteien grosse Unterschiede bezüglich finanzieller Potenz bestehen, haben sie gegenüber der links-grünen Seite offenbar noch immer

mehr zu verlieren als gegenüber der stärksten bürgerlichen Kraft zu gewinnen. Nur so lässt sich erklären, dass im Parlament sämtliche Vorstösse für mehr Transparenz auch von der bürgerlichen Mitte abgelehnt wurden. Die SP hat die Bestrebungen unterstützt, die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen auszuweiten. Ergänzend dazu erarbeitet die Rechtskommission auf der Grundlage einer parlamentarischen Initiative der SP eine Vorlage zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit, damit künftig auch Bundesgesetze auf ihre Verfassungsmässigkeit hin überprüft werden könnten. Unter Federführung der SP wurden zudem den Befugnissen des Bundesrats beim Gebrauch von Notrecht engere Grenzen gesetzt.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die SP wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, dass endlich Transparenz in die Parteienfinanzierung und in die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen kommt. Nur so kann wieder ein vernünftiges Kräfteverhältnis unter den politischen Akteuren hergestellt werden. Sollte der parlamentarische Weg weiterhin keine Früchte tragen, fasst sie auch eine Volksinitiative ins Auge.
- Wir wollen die Bundesverfassung so reformieren, dass die direkte Demokratie nicht länger gegen die Menschenrechte ausgespielt werden kann. Es darf keine Volksabstimmungen mehr geben, mit denen zentrale Werte der Bundesverfassung und des Völkerrechts verletzt werden.
- Gleichzeitig soll das Initiativrecht auch auf Gesetzesebene genutzt werden können. Es soll nicht für jedes politisch berechtigte Anliegen die Verfassung geändert werden müssen.
- Auch das Parlament soll sich an die Verfassung halten müssen: Die Verfassungsgerichtsbarkeit soll eingeführt werden. So kann sichergestellt werden, dass Bundesgesetze, die gegen die Verfassung verstossen, nicht länger angewandt werden.

FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE AUSLÄNDER- UND ASYLPOLITIK

Ausgangslage

Die Schweiz ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland und hat einen Ausländeranteil von über 20 Prozent. Viele dieser Ausländerinnen und Ausländer sind hier geboren und aufgewachsen. Die Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung in unserem Land hat davon profitiert und wäre ohne die ausländischen Arbeitskräfte undenkbar gewesen. Die Schweiz hat es leider über lange Zeit verpasst, diese Menschen nicht nur als Gäste zu betrachten, die dann irgendwann wieder nach Hause gehen, sondern sich der Realität zu stellen, dass viele der arbeitshalber ins Land Gekommenen hier sesshaft werden. Die daraus resultierenden Integrationsdefizite einiger Teile der ausländischen Bevölkerung lassen sichtbar werden, dass Migration nicht nur Chancen, sondern auch Risiken birgt. Auftretende Schwierigkeiten werden von den Medien stark ins Zentrum gerückt und von Parteien am rechten Rand erfolgreich bewirtschaftet. Die fremdenfeindliche Stimmung, die dabei entstanden ist, hat dazu geführt, dass die Minarett- und die Ausschaffungsinitiative mehrheitsfähig wurden. Dabei geht gerne vergessen, wie gut und überwiegend problemlos sich das Zusammenleben von Schweizerinnen und Schweizern auf der einen und Ausländerinnen und Ausländern auf der anderen Seite in den allermeisten Fällen gestaltet.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht insbesondere auch für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft ein und betrachtet sich deshalb seit jeher auch als Anwältin der Migrantinnen und Migranten. Sie übersieht dabei nicht die realen Probleme, die mit der Migration einhergehen und nimmt die Sorgen der Schweizer Bevölkerung ernst. Auftretende Probleme können aber nicht durch Ausgrenzung und Diskriminierung gelöst werden, sondern brauchen im Gegenteil verstärkte Integrationsanstrengungen aller Beteiligten.

Die Schweiz kann nicht einfach alle Zuwanderungswilligen aufnehmen, aber sie kann sich international friedens-, wirtschafts- und umweltpolitisch engagieren und so einen Beitrag zur Überwindung des immer grösser werdenden Grabens zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens leisten. Neben einem Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit gehören dazu auch fairere Zulassungsbedingungen für Menschen von ausserhalb Europas. Für Migrantinnen und Migranten, die sich schon länger irregulär in der Schweiz aufhalten (Sans Papiers) und hier zum Teil gut integriert sind, muss eine gerechte Lösung gefunden werden.

Die SP erachtet das Zweikreismodell, das Menschen von ausserhalb der EU praktisch vollständig von der Einwanderung ausschliesst, als diskriminierend und setzt sich für dessen mittelfristige und mit den anderen Ländern Europas koordinierte Überwindung ein. Das bedeutet, dass das europäische Freizügigkeitsmodell schrittweise auf Länder ausserhalb der EU ausgedehnt werden soll. Wir können nur dann eine gerechte und würdige Lösung finden, wenn die Schweiz den Abschluss eines Arbeits-

vertrages mit der Ausstellung einer Aufenthaltsbewilligung verbindet, unabhängig vom Herkunftsland. Gleichzeitig sind die flankierenden Massnahmen gegen Schwarzarbeit und Lohndumping zu verstärken.

An Leib und Leben und persönlicher Freiheit gefährdeten Menschen muss Schutz gewährt werden. Der heutige Flüchtlingsbegriff ist zu eng und muss auf Menschen ausgedehnt werden, die vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen und geschlechtsspezifischer Verfolgung fliehen. Die humanitäre Tradition der Schweiz verpflichtet und darf nicht noch weiter ausgehöhlt werden.

Das hat die SP erreicht

Die SVP-Initiative für «demokratische» Einbürgerungen, die den Rechtsstaat aushebeln wollte und Einbürgerungswillige der Willkür preisgegeben hätte, wurde deutlich abgelehnt. Eine parlamentarische Initiative seitens der SP zur quasi-automatischen Einbürgerung der dritten Generation hat die erste entscheidende Hürde im Parlament genommen und befindet sich für die Detailberatung in den Räten. Zusammen mit anderen Parteien hat die SP erreicht, dass das Parlament den Bundesrat beauftragt hat, eine Lösung auszuarbeiten, die es jugendlichen Sans-Papiers ermöglicht, in der Schweiz eine Lehre zu absolvieren. Beim Zugang zur Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers und Menschen mit Nothilfe konnten deutliche Verbesserungen erreicht werden.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Bund und Kantone sollen ihre Mittel zur Förderung der Integration von heute 45 Millionen Franken auf 175 Millionen aufstocken. Damit soll unter anderem eine flächendeckende Begrüssungskultur und Erstberatung eingeführt und das Angebot an Sprachkursen massiv erweitert werden. Griffige Massnahmen gegen Diskriminierung müssen diese Integrationsoffensive unterstützen.
- Bei der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes sollen Verbesserungen erzielt werden (keine C-Bewilligung als Einbürgerungsvoraussetzung, erleichterte Einbürgerung nicht nur bei Ehe, sondern auch bei eingetragener Partnerschaft) und die parlamentarische Initiative zur Einbürgerung der dritten Generation soll rasch verabschiedet werden. Die Chancen für die politische Mitgestaltung sollen auch für die zweite Generation erhöht werden, insbesondere durch die Ausweitung der Ausländerstimmrechte auf kantonaler und kommunaler Ebene.
- Für Sans-Papiers, die schon lange in der Schweiz sind und sich hier gut integriert haben, soll eine Legalisierungsmöglichkeit, die deutlich über die heutigen kantonalen Härtefallregelungen hinausgeht, geschaffen werden.
- Mittelfristig soll das Zweikreisemodell aufgehoben und eine Zulassung in der Schweiz bei Arbeitsnachweis (wie FZA) auch für Menschen von ausserhalb Europas möglich werden.
- Die laufende Asylrechtsrevision soll nicht zu Verschärfungen auf dem Buckel gefährdeter Menschen führen. Es soll ein materielles Schnellverfahren mit qualitativ gutem Rechtsschutz geschaffen werden. Der Asylbegriff soll auch auf Opfer von Gewalt ausgedehnt werden, die nicht direkt von staatlicher Seite ausgeht (Bürgerkriege), und auch frauenspezifische Fluchtgründe wie drohende sexuelle Verstümmelung, fehlender Schutz vor häuslicher Gewalt sowie Zwangsverheiratung

und drohende «Ehrenmorde» umfassen. Zudem soll die Schweiz Homosexualität als Asylgrund anerkennen; unabhängig davon, ob die Verfolgung im Heimatstaat von staatlichen oder privaten Akteuren ausgeht.

- Der Bundesrat soll weitere Migrationspartnerschaften und Rückführungsabkommen abschliessen.
- Der interreligiöse Dialog soll weitergeführt und ausgebaut werden.
- Die Wirtschaft soll in die Integrationspolitik verpflichtend eingebunden werden. Der Zugang von Migrantinnen zum Arbeitsmarkt soll im Sinne einer Integrationsmassnahme speziell gefördert werden.

STAATSLEITUNGSREFORM: FÜR DIE DEMOKRATISCHE STÄRKUNG DER INSTITUTIONEN

Ausgangslage

Heute sind die staatlichen Institutionen und die Demokratie geschwächt. Die Politik vermag die Wirtschaft kaum im Zaum zu halten. Das Allgemeinwohl gerät immer mehr unter die Räder von Sonder- und Eigeninteressen einiger weniger, welche die Politik manipulieren. Es fehlt an Transparenz in unserer Demokratie, Fairness und Solidarität sind zu Fremdwörtern geworden. Im Bundesrat herrscht keine Kollegialität mehr und die Konkordanz ist in die Brüche gegangen. Es fehlt eine unabhängige Mitte, die der SP eine wertvolle und notwendige Partnerin wäre. Zu gross sind die Teile der Mitte, die im Windschatten der Rechten ihre eigenen Interessen pflegen.

Die Defizite in der Funktionsweise der Landesregierung sind in den letzten Jahren immer wieder – insbesondere bei der Bewältigung von Krisensituationen – offensichtlich geworden und weisen auf Reformbedarf hin. Strukturell kann festgestellt werden, dass in den letzten Jahrzehnten die Departementalisierung und damit das Einzelkämpfertum im Kollegium zugenommen haben und der Bundesrat gleichzeitig immer noch in Strukturen funktionieren muss, die ursprünglich auf eine deutlich weniger komplexe und weniger vernetzte Welt zugeschnitten worden sind.

Das sind unsere Grundsätze

Damit die Freiheit kein Vorrecht weniger Privilegierter ist, damit die Demokratie nicht besetzt wird von jenen, die viel Geld haben, damit das Allgemeinwohl gegenüber Sonderinteressen geschützt werden kann, damit die Banken und Versicherungen die Schweizer Wirtschaft nicht zu Lasten der Industrie und des Werkplatzes dominieren, sondern das Gemeinwohl im Interesse aller und gleichzeitig der Respekt vor den Minderheiten die Politik bestimmen, setzt sich die SP für eine starke Volksvertretung, eine lebendige und gesunde direkte Demokratie und einen Bundesrat ein, der gemeinsam dem Wohl des Landes dient und mehr ist als die Summe von sieben Departementsvorsteherinnen und -vorsteher, die einander misstrauen.

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unbesehen ihrer wirtschaftlichen Position oder ihrer sozialen Herkunft selbstbestimmt leben und ihren politischen Einfluss geltend machen können. Dazu brauchen wir eine sorgfältig ausgestaltete Demokratie, welche die Menschenrechte achtet und deren Seele – die Diskussion und der Wettstreit um das bessere Argument – nicht von Akteuren, die mit ihrem Geld dominieren und die Öffentlichkeit einseitig besetzen, verletzt wird.

Die SP setzt sich für ein starkes Parlament ein, das auch die Interessen der sozial Benachteiligten und Schwachen wahrnimmt, das die Macht des Bundesrates kontrollieren und ihn veranlassen kann, die Interessen der Mehrheit nicht aus den Augen zu verlieren. Die SP will schliesslich einen Bundesrat mit sozialdemokratischer Beteiligung, welcher den verfassungsrechtlichen Auftrag, eine Kollegialbehörde zu sein, ernst nimmt. Deshalb setzt sie sich für ein Konkordanzmodell ein, das mehr ist als

die proportionale Vertretung aller, sondern auch über ausreichende inhaltliche Gemeinsamkeiten verfügt und so eine kohärentere und volksnähere Regierungsarbeit ermöglicht.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat verhindert, dass der Bundesrat von rechten Hardlinern dominiert wird und die schweizerische Regierungsmacht missbraucht wird. Wir haben versucht, die Demokratisierung der direkten Demokratie sowie die Reform der staatlichen Institutionen und die Transparenz in der Parteienfinanzierung voranzubringen, sind dabei aber immer wieder an der fehlenden Unterstützung durch die politische Mitte gescheitert. Zudem hat die SP dazu beigetragen, die parlamentarische Kontrolle durch die Geschäftsprüfungskommissionen zu stärken.

Das wollen wir 2011 bis 2015 erreichen

- Die SP will eine Vergrößerung des Bundesrates, damit wir eine leistungsfähigere Regierung bekommen, die sich auch in der Welt und in Europa auskennt und die Interessen aller in der Schweiz lebenden Menschen besser vertreten kann.
- Im Rahmen der Regierungsreform muss der Stellenwert von Bildung und Forschung mit einem eigenen Bildungsdepartement unterstrichen werden.
- Die SP setzt sich für eine echte Föderalismusreform ein, welche die Privilegierung kleiner Kantone überwindet und den Zusammenhalt sowie die Leistungsfähigkeit des Landes insgesamt erhöht.
- Wir setzen uns für ein starkes Parlament ein, das genügend Mittel zur Verfügung hat.

EINE AKTIVE KULTUR- UND MEDIENPOLITIK STÄRKT DIE DEMOKRATIE UND DIE IDENTITÄT

Ausgangslage

Die Medien spielen in unserer Demokratie eine zentrale Rolle. Insbesondere die Printpresse aber kann diese Rolle als Folge der Monopolisierungstendenzen nicht mehr in allen Landesteilen in der erforderlichen Vielfalt wahrnehmen. Die elektronischen Medien können zwar einen Beitrag zur Vielfalt leisten, diese Lücke aber nicht füllen. Die Entwicklungen in der Zeitungslandschaft sind geprägt vom Aufstieg der Gratiszeitungen, vom Anzeigen- und Abonentenschwund und von Übernahmen oder Kooperationen auf Verlagebene. Sowohl Anzeigen als auch Leserinnen und Leser wandern ins Internet ab. Der Einbruch der Werbeeinnahmen verschärft die Probleme. Gratiszeitungen und die Gratiskultur im Internet haben ebenfalls zu den Schwierigkeiten beigetragen. Neben Konzentrationsprozessen und publizistischer Kooperation kam es zu Personalabbau. Durch Konvergenzprozesse und das «Newsroom-Konzept» (Zusammenlegung der Nachrichtenredaktionen verschiedener Titel) geraten Journalistinnen und Journalisten zudem unter Zeit- und Produktivitätsdruck.

Auch im Kulturbereich verhindern finanzielle und politische Einschränkungen, dass die Ziele einer aktiven Kulturpolitik Realität werden. Dazu gehören namentlich der Zugang zu Kultur für alle Menschen und eine kritische und offene Reflexion – mit dem Ziel, zur demokratischen Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft beizutragen. Kultur als Wirtschaftszweig umfasst Musik, Buch, Kunst, Film, Rundfunk, Darstellende Kunst, Design, Architektur, Werbung, Software und Games, Kunsthandwerk sowie Presse. Der Kulturbereich steuert mit 40 600 selbständigen Unternehmen über 4 Prozent zum BIP bei und beschäftigt rund 200 000 Menschen.

Das sind unsere Grundsätze

Die Entwicklungen im Pressebereich müssen Vielfalt begünstigen und Zusammenhalt und Demokratie fördern. Die Einflussnahme von Verlegerinnen und Verlegern muss gestoppt werden. Die SRG muss ihren Service-public-Auftrag gezielt wahrnehmen. Ihre Angebote müssen den kulturellen Zusammenhalt und die nationale Kohäsion stärken. Diese müssen zur Identität, zur Bildung und Meinungsbildung, zur kulturellen Entfaltung und zur Unterhaltung beitragen und sich durch Kreativität von anderen Sendern unterscheiden. Es geht um eine demokratisch festgelegte öffentliche Aufgabe, deren Erfüllung allen zugute kommt.

Kultur sehen wir ebenfalls als Investition für und in die Gesellschaft. Kulturelle Orientierungsmöglichkeit schafft Werte, welche für die Ausübung bürgerlicher Rechte und Pflichten Bedingung sind. Das gilt namentlich für die Förderung der Gleichstellung. Die Schweiz hat das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ratifiziert und sich für die Sicherung eines vielfältigen Kulturangebots ausgesprochen. Kulturförderung soll basierend darauf vor allem den Austausch von Menschen verschiedener Generationen, von Männern und

Frauen mit unterschiedlicher Herkunft ermöglichen. Ethnische Minderheiten haben ihre eigenen kulturellen Traditionen eingebracht. Diese Vielfalt ist eine Chance.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat massgeblich dazu beigetragen, dass der Bund im Bereich der Kulturförderung eine aktive Rolle wahrnehmen kann. Sie hat sich für die Wahrung der Kunstfreiheit eingesetzt und Pro Helvetia gestärkt. Die Diskussion zur sozialen Absicherung von Kunstschaffenden wurde angestossen. Erste Schritte zur Bekämpfung des Illettrismus konnten zumindest eingeleitet werden. Auch der Einsatz für die Presseförderung hat Wirkung gezeigt. Die zahlreichen Angriffe auf die SRG und ihre Angebote im Bereich des Service public konnten abgewehrt werden. Zudem wurde das Thema Pressefreiheit und -vielfalt im Zusammenhang mit demokratischer Mitsprache auf die politische Agenda gesetzt.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Wir setzen uns für einen qualitativ hochstehenden Service public im gesamten Medienbereich ein, der den Grundsätzen der Meinungsvielfalt und -freiheit Rechnung trägt, nicht nur den Marktzwängen gehorcht und einen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft leistet. Wir setzen uns insbesondere für eine starke SRG ein und dafür, dass sie ihren Service-public-Auftrag wahrnehmen kann – mit dem Ziel, zum Zusammenhalt des Landes und zum Austausch unter den Sprachregionen beizutragen. Das bedingt ein gut funktionierendes und transparentes Gebührensystem.
- Wir wollen eine freie und unabhängige Presse mit seriös recherchierten Beiträgen. Qualität steht im Zentrum. Das bedingt gute Arbeitsbedingungen für Medienschaffende. Die Rolle der grossen Verlage ist kritisch zu begleiten.
- Im Verhältnis zum BIP liegen die öffentlichen Aufwendungen für Kultur bei unter 0,5 Prozent und sind damit weit weg von einem «Kulturprozent». Wir setzen uns für eine angemessene Finanzierung aller Sparten ein. Die soziale Sicherheit für Kulturschaffende und die Gewährleistung angemessener Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass professionelle Kulturschaffende sich eine existenzsichernde Rente aufbauen können. Anpassungen bei BVG, AHV und Arbeitslosengesetz sind rasch anzugehen, denn nach der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kommen Kunstschaffende zusätzlich unter Druck. Bestehende Lücken gegenüber anderen Berufen sind zu schliessen.
- In der Schweiz sind rund 800 000 Personen von Illettrismus betroffen. Möglichst viele der Betroffenen sollen eine Weiterbildung besuchen können. Lesen muss von frühester Kindheit an gefördert werden.
- Der Bund soll in der musikalischen Bildung eine verstärkte Verantwortung übernehmen. Wir setzen uns deshalb für die Volksinitiative Jugend und Musik ein.
- Die Digitalisierung von kommunikativen Inhalten im Medienbereich ist eine revolutionäre technische Innovation. Die Förderung der «digitalen Kultur», wie sie der Bund vorsieht, nimmt wichtige Entwicklungen auf. Wir begrüssen dies und wollen aktiv mitwirken und so die Chancen dieser Entwicklungen bezüglich Zugang, Chancengleichheit, Teilhabe an Informationen und Gestaltung des Alltags zu nutzen.

A collage of flags, including the European Union flag (blue with yellow stars), the United Kingdom flag (Union Jack), and the Polish flag (white and red horizontal stripes). The flags are waving and overlapping each other.

EUROPA, AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALES

Ausgangslage

Was in der Europadiskussion oft unterzugehen droht, ist die grundsätzliche politische Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses für den während Jahrhunderten von Kriegen erschütterten europäischen Kontinent. Die nach 1945 schrittweise errichtete Europäische Union ist vor allem ein bedeutendes Friedenswerk. Dazu gehören die erfolgreiche gewaltfreie Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten nach 1989 und die Verbannung der Gewalt aus dem Westbalkan in den letzten zehn Jahren. Bis heute leistet sich die Schweiz den Luxus, politisch nicht aktiv zum europäischen Integrationsprozess beizutragen, während sie gleichzeitig in hohem Mass davon profitiert. Es liegt aber im ureigensten Interesse der Schweiz, dass dieser erfolgreich fortgesetzt werden kann und – mehr noch als in der Vergangenheit – im Dienst aller Bürger und Bürgerinnen Europas steht. Zusätzlich zu diesen Grundsatzfragen stösst die aktuelle Europapolitik der Schweiz konkret an Grenzen. Zwei Widersprüche fallen besonders auf:

Zum einen wird der Bilateralismus in der Schweiz bei den Bürgerlichen immer beliebter. In der EU wird er aber immer unbeliebter. Das Europäische Parlament hat klargemacht, dass es der Schweizer Rosinenpickerei den Riegel schieben will. Seit dem Lissabonner Vertrag (Inkraftsetzung im Dezember 2009) muss das EP jedes wichtige EU-Abkommen mit der Schweiz genehmigen.

Zum anderen kontrastiert die auch vom Bundesrat zur Schau gestellte Euphorie für den Bilateralismus mit der eigenen Lagebeurteilung. Der Bundesrat stellte 2010 in seiner Evaluation der schweizerischen Europapolitik fest, dass der bestehende Handlungsspielraum erodieren kann. Noch weiter ging die Konferenz der Kantone: Für sie ist dieser Spielraum praktisch bereits weg.

Das Europäische Parlament und der Europäische Rat wollen konkret nur noch Abkommen abschliessen, welche das bestehende und zukünftige EU-Recht im betroffenen Bereich übernehmen sowie einen institutionellen Mechanismus für die Überwachung des Vollzugs und zur Streitbeilegung einrichten. Sie achten zudem verstärkt auf die Ausgewogenheit der Zugeständnisse. Die Verhandlungen über die für die Schweiz besonders wichtigen Abkommen im Strombereich und in der Chemie sind deshalb ins Stocken geraten.

Gleichzeitig gibt die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung innerhalb der EU zu grosser Sorge Anlass. Die Politik der EU wird heute von einer konservativen Mehrheit diktiert. Diese nutzt ihre Übermacht schamlos für eine Rückkehr zu neoliberalen Rezepten, einen Angriff auf die Arbeitnehmerrechte und eine harte Sparpolitik aus. Die Schweiz ist von dieser Politik aufgrund ihres hohen Integrationsgrades in die EU direkt betroffen, obschon sie der EU nicht angehört. Die Schweiz verfügt als Abseitsstehende aber kaum über Instrumente, um Gegensteuer zu geben.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP unterstützt und begrüsst den europäischen Integrationsprozess, auch wenn sie mit dem aktuellen politischen Kurs der EU in wichtigen Gebieten nicht einverstanden ist. Die Alternative zur neoliberalen Politik der aktuellen EU-Spitze besteht für die SP nicht in der Rückkehr zu Nationalismus oder gar einem Zerfall der EU, sondern vielmehr in der Stärkung des europäischen Integrationsprozesses mit dem Ziel eines demokratischen und sozialen Europas im Dienste aller. Wer die Demokratie der Schweiz verteidigen und stärken will, muss dafür eintreten, dass sie dort Einfluss ausübt, wo Wichtiges entschieden wird. Und dies ist immer häufiger in Brüssel der Fall. Die SP tritt deshalb für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU und die aktive Mitwirkung in einem breiten, europaweiten Bündnis für einen sozialen und demokratischen Kurswechsel der aktuellen EU ein.

Das hat die SP erreicht

Die SP konnte dem bisherigen europapolitischen Öffnungskurs der Schweiz erfolgreich einen sozialdemokratischen Stempel aufdrücken. Jeder Öffnungsschritt war von inneren Reformen begleitet. So stimmte das Volk 2009 trotz Krise mit überwältigendem Mehr der Fortsetzung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu. Hauptgrund war, dass die SP gleichzeitig eine weitere Stärkung der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping durchsetzen konnte. Dieses Erfolgsrezept muss fortgesetzt werden. Öffnung und innere Reformen gehören zusammen. Im Dezember 2008 konnte die Schweiz die Assoziation an Schengen in Kraft setzen. Seither fällt an der Grenze die schikanöse polizeiliche Kontrolle unbescholtener Reisender dahin. Die täglich 700 000 Grenzübertritte sind dank Schengen sehr viel einfacher geworden. Gleichzeitig wurde auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verbrechensbekämpfung wirksamer und die Schweiz noch sicherer. Das SP-Ja zu Schengen war in der Volksabstimmung 2005 entscheidend.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die SP will die Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping weiter erhöhen. Namentlich braucht es Massnahmen gegen die Scheinselbständigkeit, Sanktionen im Ausland und gegen Subunternehmer müssen besser als heute durchgesetzt und auch Verstösse gegen Normalarbeitsverträge bestraft werden können. Die SP wird jeden Versuch, die flankierenden Massnahmen zu schwächen, mit dem Referendum bekämpfen.
- Die SP steht in der kommenden Legislatur für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Verhandlungen über ein Abkommen im Bereich Energie, Landwirtschaft, Lebensmittel, Gesundheit und Friedensoperationen ein. Damit soll die Schweiz gleichzeitig die Steuergerechtigkeit stärken und der EU in der Unternehmensbesteuerung entgegen kommen.
- Die Entwicklung des Schengener Rechts ist sehr dynamisch und die Schweiz übernimmt dieses Recht schon heute weitgehend automatisch. Die SP will in diesem sensiblen Bereich eine wirksame politische und parlamentarische Überwachung durchsetzen.
- Die SP will nicht, dass die Schweiz von der EU fremdbestimmt wird. Die faktische Passivmitgliedschaft der Schweiz – das heisst die Übernahme von EU-Recht

ohne Mitentscheidungsrecht in der EU – entspricht nicht unserer Auffassung von einem eigenständigen und kooperativen Staat in einer internationalisierten Welt. Einen Bilateralismus mit automatischer Übernahme von EU-Recht lehnen wir ab. Die bessere Option ist der Beitritt, weil dann die automatische Rechtsübernahme durch volles Mitentscheidungsrecht kompensiert wird.

- Die SP will zusammen mit ihren Bündnispartnern in Europa das Prinzip durchsetzen, dass europaweit für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen gelten.

VOM FREIHANDEL ZUM FAIREN HANDEL – FÜR EINE NACHHALTIGE AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Ausgangslage

Die Schweiz gehört international zu den Ländern mit dem höchsten Anteil des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Ihre Volkswirtschaft ist mit Ausnahme von Teilen der Landwirtschaft weitestgehend in die weltweite Arbeitsteilung integriert. Ihre Standortqualität belegt weltweit einen Spitzenplatz. Hauptgründe sind der soziale Frieden, die hohe Qualität des Bildungswesens, der Infrastruktur sowie des Service public, die politische Stabilität und die hohe Lebensqualität. Diese Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsmodells werden heute durch den von Economiesuisse vertretenen Teil der Schweizer Wirtschaftselite in Frage gestellt. Sie nimmt mit ihrer aggressiven Steuer-senkungspolitik in Kauf, dass die erwähnten Grundlagen der Schweizer Standortqualität ausgehöhlt werden und dass aus der Schweiz stattdessen ein Offshore-Standort gemacht wird, der seinen Wettbewerbsvorteil auf die Unterlaufung internationaler Standards aufbaut: Global tätige Firmen mit Sitz in der Schweiz sollen im Ausland erwirtschaftete Gewinne kaum versteuern, bei Auslandengagements sollen sie keine verbindlichen Vorschriften zur Unternehmensführung einzuhalten haben, Umweltvorschriften und Arbeitsrecht missachten können und keine verbindlichen Transparenz- und Rechenschaftspflichten beachten müssen. Auch die Stimmungsmache gegen die EU verfolgt das strategische Ziel, europäisches Recht zu unterlaufen und stattdessen den Handel mit Schwellenländern wie China, Russland und Indien forciert zu liberalisieren. Die SP will hier im Interesse aller Gegensteuer geben.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will nicht eine Wirtschaft im Dienste einiger weniger, sondern im Dienste aller. Die Standortqualität der Schweiz kann durch eine deutliche Steigerung der Investitionen in den sozialen Zusammenhalt, in Bildung, Infrastruktur und Lebensqualität gestärkt werden und nicht durch eine Steuerpolitik, welche die Leistungsfähigkeit der Partnerstaaten aushöhlt. Die SP will fairen Handel und nicht bloss Freihandel. Sie steht für eine Unternehmenspolitik, die internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und jene der Partnerstaaten respektiert. Solche Standards müssen multi- und bilateral verbindlich geregelt, geschlechtergerecht ausgestaltet und tatsächlich umgesetzt werden. Transnational tätige Unternehmen müssen zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen und diesbezüglich zur Rechenschaft gezogen werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, namentlich der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), und einen starken Multilateralismus, statt immer mehr bilateraler Abkommen.

Das hat die SP erreicht

Der Bundesrat legte in seinem Aussenwirtschaftsbericht 2010 erstmals dar, wie er sich in Zukunft in der Aussenwirtschaft vermehrt für die Einhaltung von Arbeits- und

Umweltstandards einsetzen will. Zudem will sich die Regierung im UNO-System und in der WTO für einen stärkeren Einfluss der IAO einsetzen, um weltweit für menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dieser (allerdings noch allzu zaghafte) Strategiewechsel zugunsten einer sozial und ökologisch nachhaltigen Weltwirtschaft wäre ohne den langjährigen Druck der SP-Fraktion undenkbar gewesen.

Der Bundesrat muss sich in seinen Verhandlungen mit China über ein Freihandelsabkommen für ein Nachhaltigkeitskapitel einsetzen, das insbesondere Vereinbarungen über die Kernarbeitsnormen der IAO enthält und sich an «Best Practice»-Abkommen orientiert. Auch dieser parlamentarische Auftrag geht auf einen SP-Antrag zurück.

Der Bund darf seit 2009 nur noch Güter beschaffen, bei denen über die gesamte Produktionskette hinweg die Kernarbeitsnormen der IAO eingehalten wurden. 2010 formulierte die Beschaffungskommission des Bundes eine umfassende Strategie für eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspraxis, damit der Bund Güter sowie Bau- und Dienstleistungen nur noch sozial- und umweltverträglich beschafft. Auch dies ist ein Erfolg einer mehrjährigen gemeinsamen Kampagne von SP und SAH.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Schweiz soll nur noch Freihandelsabkommen abschliessen, welche ein Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte enthalten. Die Schweiz soll auch im Rahmen der WTO für die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft eintreten und dafür sorgen, dass die IAO in der WTO zur Stärkung der weltweiten Arbeitsstandards Beobachterstatus erhält.
- Die 2010 von der Beschaffungskommission des Bundes formulierte Strategie für eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspraxis soll tatsächlich umgesetzt werden. Dafür muss das Monitoring über die Einhaltung der arbeitsrechtlichen und ökologischen Normen über die ganze Produktionskette hinweg wesentlich gestärkt werden.
- Die Schweiz hat jahrelang keine IAO-Konventionen mehr ratifiziert. Die SP fordert einen Strategiewechsel und die Entwicklung einer innen- und aussenpolitisch kohärenten und konstruktiven Praxis zur Ratifizierung von IAO-Konventionen.
- Die Schweiz muss ratifizierte IAO-Konventionen konsequenter als bisher umsetzen. Namentlich muss sie endlich die IAO-Konvention Nr. 98 einhalten und den Kündigungsschutz für Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie Personen, die einen Missstand anzeigen (Whistleblower), wirksam vor missbräuchlicher Kündigung schützen.
- Die globale Umweltpolitik der Schweiz muss gestärkt und verbindliche globale Klimaziele müssen formuliert und durchgesetzt werden.
- Die Schweiz soll zur Formulierung einer globalen Migrationspolitik beitragen. Die Chancen der Migration müssen durch kohärentes internationales Handeln gestärkt und deren Risiken eingedämmt werden.

FÜR EINE AKTIVE UND SOLIDARISCHE AUSSENPOLITIK UND STARKE MULTILATERALE ORGANISATIONEN

Ausgangslage

Die Schweiz hat ihr aussenpolitisches Engagement in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Sie gehört zu den angesehenen Mitgliedstaaten der UNO, wo sie in wichtige Ämter gewählt wurde und beispielsweise im Bereich menschliche Sicherheit, dem Klimaschutz und dem Völkerrecht anerkannte Beiträge leistet. Auch im IWF und in der Weltbank übt die Schweiz ihren Einfluss aus, indem sie mit Polen, Serbien, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan eine Stimmrechtsgruppe bildet und diese zumindest vorläufig im Exekutivdirektorium vertritt. Ohne starke Verbündete und oft auf sich allein gestellt, kann die Schweiz aber mancherorts nicht mehr jenen Einfluss geltend machen, der ihr als global bedeutendem Finanzplatz und mittelgrosser Wirtschaftsmacht zustehen würde. Dies machte etwa die fehlende Einladung zu den G-20-Gipfeltreffen deutlich. Auch die Libyenaffäre liess sich erst lösen, nachdem SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey erfolgreich die EU involviert hatte. Um ihre Interessen wirksam einbringen zu können, muss sich die Schweiz im heutigen Umfeld zwingend mit verlässlichen Partnern vernetzen. Isoliertes Handeln birgt demgegenüber die Gefahr von feindseligen Reaktionen und fordert manchmal einen Preis, der deutlich höher ist als die Kosten der Zusammenarbeit es wären. Ein so reiches Land wie die Schweiz kann sich den Luxus nicht erlauben, die Leistung eines Beitrags zur Lösung globaler oder europäischer Probleme abzulehnen. Nicht Alleingang, sondern breite und engagierte Mitwirkung ermöglicht es, Interessen wirksam wahrzunehmen und die demokratische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine aktive, mit starken Partnern vernetzte, multilateral orientierte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Aussenpolitik ein. Sie soll laut Bundesverfassung (Artikel 54, Absatz 2) «zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» beitragen. Diesen Zielen soll sich auch die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz unterordnen. Die SP steht für eine starke UNO und starke multilaterale Organisationen, die das Völkerrecht achten und weiterentwickeln. Nicht das Recht der Mächtigen, sondern die Macht des Rechts soll gelten. Für die SP bilden die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte den Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. Die SP versteht sich auch als Friedenspartei. Wir wollen den Frieden vorab durch die Schaffung gerechter Verhältnisse und durch soziale und nachhaltige Entwicklung unter demokratischer Mitwirkung aller fördern, denn ohne Entwicklung gibt es keinen Frieden und keine Sicherheit. Wir wissen aber auch, dass es ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung gibt. Wir wollen zu

beidem beitragen und uns der Verantwortung für wirksamen Schutz vor Gewalt nicht entziehen.

Das hat die SP erreicht

Der Bundesrat folgte 2010 nach langem Zögern verschiedenen langjährigen SP-Begehren in der Menschenrechtspolitik. So richtete er endlich eine nationale Menschenrechtsinstitution ein, leitete das Verfahren zur Ratifizierung des UNO-Abkommens über die Rechte behinderter Menschen ein, unterzeichnete jenes zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und erarbeitet einen Bericht über die Vereinbarkeit der europäischen Sozialcharta mit dem geltenden Recht.

Die SP verteidigte in den letzten Jahren erfolgreich Angriffe auf den Ausbau des Schweizer Engagements zur zivilen Friedensförderung und zur Stärkung der Menschenrechte. Für derartige Engagements sind beträchtliche zeitliche und finanzielle Ressourcen und die Präsenz über mehrere Jahre hinweg erforderlich. Die SP steht zur Auswahl der sieben Schwerpunktregionen Südosteuropa, Naher Osten, Sudan, Region der Grossen Seen, West- und Zentralafrika, Kolumbien und Nepal. Die Schweiz konnte in einigen Ländern beachtliche Erfolge erzielen und in der UNO die Einrichtung des Menschenrechtsrates durchsetzen.

Anfang 2011 meldete der Bundesrat die Kandidatur der Schweiz für eine Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 an. Auch dieser Schritt wäre ohne die klar befürwortende Haltung der SP undenkbar gewesen.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die SP will, dass die Schweiz ihr Engagement in der UNO ausbaut, ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat aktiv verfolgt, zur Reform dieses wichtigsten UNO-Organs beiträgt und ihr Netzwerk in der UNO stärkt.
- Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Sie will durchsetzen, dass die Schweiz gegenüber autokratisch regierten und die Menschenrechte verletzenden Staaten eine andere Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik führt als gegenüber demokratischen Rechtsstaaten. Alle Beziehungen zu diesen Staaten sollen konkret und nachweisbar zur Durchsetzung der Menschenrechte beitragen.
- Die Schweiz soll weltweit gute Regierungsführung und Demokratisierung fördern. Ein wohl geordneter Staat ist Voraussetzung für sozialen und ökologischen Fortschritt. Die Korruption muss entschieden bekämpft, die demokratische Partizipation auf allen Stufen erhöht und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Warlords und privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden. Dafür braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, einen starken Multilateralismus und ein Völkerrecht, das die Straflosigkeit von verbrecherischem staatlichem Handeln ausschliesst.
- Die SP will dem Beitritt der Schweiz zur europäischen Sozialcharta, zum UNO-Abkommen über die Rechte behinderter Menschen sowie zum Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen zum Durchbruch verhelfen.
- Die weltweiten Rüstungsarsenale stellen nach wie vor eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar, die häufig unterschätzt wird. Deshalb will die SP, dass die Schweiz sich noch stärker als bisher gegen die Weiterverbreitung von kleinen

und leichten Waffen einsetzt, dem Übereinkommen über die Streumunition beitrifft und ihr Engagement für Abrüstung und die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verstärkt.

- Die Schweiz muss an die Spitze jener Länder herangeführt werden, die den Kampf gegen die Erderwärmung am ehrgeizigsten führen und weltweit für den Übergang zu erneuerbaren Energien und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sorgen. Mit einer solchen Cleantech-Strategie verbinden sich gleichzeitig bedeutende ökonomische Chancen.

FÜR EINE WIRKSAME ENTWICKLUNGSPOLITIK IM DIENSTE DER ARMEN STATT DER REICHEN

Ausgangslage

Die UNO hat sich in den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG) das Ziel gesetzt, die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, bis 2015 (gemessen am Stand von 1990) zu halbieren. Doch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise führte zu einem schweren Rückschlag, indem sie die ärmsten Nationen besonders hart traf: Die Zahl der weltweit in extremer Armut lebenden Menschen lag laut Schätzungen der Weltbank 2009 um 50 Millionen und Ende 2010 gar um 64 Millionen höher, als dies vor der Weltwirtschaftskrise erwartet worden war. Die Wohlhabenden dagegen haben die Wirtschaftskrise unbeschadet überstanden, wie der Welt-Vermögens-Bericht 2010 der Beratungsfirma Cap Gemini und der Investmentbank Merrill Lynch belegt. Die Reichen und Superreichen sind nach dieser Studie so vermögend wie im Vorkrisenjahr 2007. In Südamerika und Asien ist ihr Reichtum sogar gewachsen.

Die Schweizer Entwicklungspolitik hat auf diese Entwicklungen nur ungenügend reagiert. Die öffentliche Entwicklungshilfe ist weit vom MDG-Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNP) entfernt. Der Finanzplatz Schweiz musste zwar gegenüber den USA und weiteren reichen Staaten Zugeständnisse machen und nimmt mittlerweile weniger neue Steuerfluchtgelder an als zuvor. An der Politik gegenüber den Entwicklungsländern hat sich aber kaum etwas geändert. Auch lehnte es die Schweiz bisher ab, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu unterstützen, welche die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an der Deckung ihrer Kosten beteiligt und die Stabilität des internationalen Finanzsystems insgesamt erhöht hätte.

Das sind unsere Grundsätze

Die Schweiz muss als bedeutende Nutzniesserin der Globalisierung ihre Verantwortung wahrnehmen, auf internationaler Ebene für eine gerechte und friedliche Weltordnung eintreten und ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele qualitativ und quantitativ bedeutend erhöhen. Die Ziele sind Ausdruck der Bedürfnisse und Grundrechte, die jeder Mensch auf der Welt geniessen können sollte – Freiheit von extremer Armut und Hunger, eine hochwertige Bildung, eine produktive und menschenwürdige Beschäftigung, ein guter Gesundheitszustand und Wohnraum, das Recht jeder Frau, ohne Gefahr für ihr Leben Kinder zu gebären, und eine Welt, in der die ökologische Nachhaltigkeit Vorrang hat und in der Frauen und Männer gleichgestellt leben. Auch die Schweiz ist verpflichtet, zur Erreichung dieser universellen Ziele weitreichende Entwicklungspartnerschaften einzugehen.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat erfolgreich für die Zustimmung des Parlaments zum Ausbau der Entwicklungshilfe gekämpft – sie wird bis 2015 auf 0,5 Prozent des BNP angehoben. Im Nationalrat verteidigte die SP erfolgreich die erste 0,5-Prozent-Tranche im Budget 2011.

Die Schweiz gab ab 2008 schrittweise die unsägliche Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug auf und gewährt einer wachsenden Gruppe von Staaten auf Anfrage Amtshilfe, damit diese ihre Steuergesetze vollziehen können. Bundesrat und Räte stimmten einer SP-Motion zu, wonach die Schweiz im Internationalen Währungsfonds, in der Weltbank und in den regionalen Entwicklungsbanken darauf hinwirken soll, dass die Unterstützung der ländlichen Entwicklung verstärkt wird und dabei die nachhaltige Boden- und Wassernutzung und die Ernährungssicherheit höher gewichtet werden als die Förderung von Landwirtschaftsexporten.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Entwicklungshilfe muss bis 2015 wie beschlossen auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens angehoben und die grundsätzliche Verpflichtung der Schweiz auf das Ziel von 0,7 Prozent anerkannt werden, wie dies auch die nordischen Staaten und die EU getan haben.
- Die Entwicklungshilfe muss sich weiterhin primär am gesetzlich vorgegebenen Ziel der Armutsbekämpfung ausrichten und ihre Wirksamkeit zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele erhöhen. Besonders wichtig sind Programme, die auf der wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen, auf die Einhaltung der fundamentalen Arbeitsrechte ausgerichtet sind und die Demokratisierung fördern.
- Die Schweiz muss sicherstellen, dass herrschende Eliten in den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie dort tätige internationale Konzerne nicht mittels Steuermanipulationen und Kapitalflucht ihre Völker betrügen können. Der Finanzplatz Schweiz soll eine konsequente Qualitäts- und Weissgeldstrategie verfolgen und Steuerflucht- und Potentatengelder abweisen.
- Multinationale Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Sozialziele und Nachhaltigkeitsstrategien zu formulieren und darüber regelmässig Rechenschaft abzulegen. Neue Anforderungen an die Rechnungslegung müssen verhindern, dass sich Multis mit Hilfe einer „kreativen“ Buchhaltung der Steuerpflicht entziehen oder Bestechungsgelder verstecken können. Transnational tätige Unternehmen mit Sitz in der Schweiz sollen für schwerwiegende Verstösse gegen die Menschenrechte und gegen die Arbeits- und Umweltgesetze in anderen Staaten zur Rechenschaft gezogen werden können.
- Die Schweiz soll mit Partnerstaaten Initiativen ergreifen und unterstützen, um eine umfassende Finanztransaktionssteuer einzuführen, welche die internationale Spekulation eindämmt und finanzielle Mittel für die soziale Entwicklung bereitstellt.
- In Weltbank und IWF soll der Bundesrat seinen Einfluss geltend machen, damit sich die nach der Asienkrise gemachten Fehler nicht wiederholen. An Stelle schädlicher Strukturanpassungsprogramme, welche die Kosten der Krise der breiten Bevölkerung aufbürden, braucht es wirksame Massnahmen, um die Versacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen und die Krisenbekämpfung konsequent in den Dienst der sozialen und ökologischen Entwicklung zu stellen.

SICHERHEITS- POLITIK



MEHR LEBENSQUALITÄT DANK MEHR ÖFFENTLICHER SICHERHEIT FÜR ALLE

Ausgangslage

Die Schweiz gehört im internationalen Vergleich zu den Staaten mit einer besonders hohen öffentlichen Sicherheit. So können sich nur in wenigen Ländern Regierungsmitglieder – wie in der Schweiz die Bundesrätinnen und Bundesräte – ohne Personenschutz in der Öffentlichkeit frei bewegen. An Brennpunkten unserer Gesellschaft hat sich die Sicherheitslage aber verschlechtert. So gibt zur Sorge Anlass, dass Gewaltstraftaten (namentlich Körperverletzungen) seit Jahren zunehmen. 33 Prozent dieser Gewaltdelikte entfallen auf den häuslichen Bereich (das heisst, zwischen Täter und Opfer besteht eine familiäre Beziehung) und viele Beschuldigte (42 Prozent) gehören der ständigen ausländischen Bevölkerung an. In grossen Städten steigen an Wochenenden die Notfall-Einlieferungen und die Anzahl nächtlicher Polizeieinsätze aufgrund der «24-Stunden-Gesellschaft» an. Gewalt beeinträchtigt auch bestimmte Sportveranstaltungen. Von Bedeutung ist zudem die transnationale Kriminalität wie organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Cybercrime; sie kann nur grenzüberschreitend erfolgreich bekämpft werden. Die Schweiz wird von kriminellen Gruppen im Ausland auch für logistische Zwecke, für Geldwäscherei oder als Rückzugsgebiet benutzt – diese Bedrohung ist weniger sichtbar und subtiler, kann die Unabhängigkeit von Personen und Institutionen aber ebenfalls stark beeinträchtigen. Ein weiteres Thema sind die Datenbanken der Schweizer Nachrichtendienste, die wieder ausufern. Zur Verhinderung einer Neuauflage des Schnüffel- und Fichenstaats besteht aufsichtsrechtlicher Handlungsbedarf.

Das sind unsere Grundsätze

Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag bilden eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität. Sicherheit ist ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht zugleich und soll vom Staat als Service public bereitgestellt werden. Die Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols darf durch private Sicherheitsdienste nicht in Frage gestellt werden. Die Armee und private Sicherheitsdienste müssen aus der inneren Sicherheit zurückgedrängt werden. Die SP hat ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Sicherheit hängt entscheidend davon ab, dass alle über soziale und wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven verfügen und die Möglichkeit haben, diese zu verwirklichen. Hinzu kommt die erfolgreiche und gezielte Bekämpfung von Gewalt, Unsicherheit und Kriminalität. Dank dem Engagement der SP ist es glücklicherweise selbstverständlich geworden, dass der Staat für die Sicherheit im innerhäuslichen Bereich Mitverantwortung trägt. Besondere Bedeutung kommt auch der internationalen Sicherheitszusammenarbeit zu. Bei allen Sicherheitsmassnahmen müssen die Grundrechte gewahrt werden und die Aufsicht über die Vollzugsorgane muss einwandfrei funktionieren.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat der Privatisierung der Sicherheit entgegengewirkt. Sie hat eine Vorlage für eine private Bahnpolizei zu Fall gebracht und stattdessen erfolgreich eine Mehrheit für eine öffentliche, mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattete Bahnpolizei geschaffen.

Dank der von der SP unterstützten Assoziation der Schweiz an Schengen kann die Kriminalität besser bekämpft und die Sicherheit erhöht werden. Die Anzahl Fahndungserfolge ist mit der verbesserten EU-weiten Zusammenarbeit stark angestiegen. Die SP setzt sich auf allen Ebenen für die bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern ein. Eine erfolgreiche Integration leistet einen wichtigen Beitrag zur Kriminalitätsprävention. 2007/08 überwiesen die Räte eine Motion der SP-Fraktion, welche den Bundesrat auffordert, in Zusammenarbeit mit den Kantonen einen nationalen «Aktionsplan Integration» zu erarbeiten.

Zudem hat die SP in den Räten mit einer parlamentarischen Initiative für die Erleichterung von verdeckten Ermittlungen eine Mehrheit gefunden; sie will Testkäufe oder Auftritte im einschlägigen Milieu unter falscher Identität vereinfachen. Erfolgreich war die SP in den Räten auch mit einer Motion, welche verlangt, bei Wirtschaftsdelikten die Verjährungsfristen im Strafrecht zu verlängern.

Der Nationalrat hat ein SP-Postulat überwiesen, das sich für mehr Personal am Zoll und im Grenzwachtkorps einsetzt. Dank dem steten Druck der SP gegen den Missbrauch der Armee in der inneren Sicherheit stoppt das VBS den dauerhaften Einsatz von Militärpolizei im Grenzwachtkorps und zieht diese auch aus der Botschaftsbewachung zurück.

Schliesslich hat die SP auch erfolgreich für die Zurückweisung einer Gesetzesvorlage gesorgt, welche den Nachrichtendiensten zu weit gehende Möglichkeiten von Online-Überwachungen eingeräumt hätte. Dank dem politischen Druck der SP beantragt der Bundesrat nun dem Parlament, das Auskunftsrecht für Daten stark auszuweiten, welche die Nachrichtendienste gesammelt haben. Nicht mehr benötigte Daten, auf die sich Auskunftsbegehren beziehen, werden unabhängig von festgelegten Laufzeiten gelöscht.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Bestände des Grenzwachtkorps und der kantonalen Polizeikorps müssen erhöht und die Armee und private Sicherheitsdienste aus der inneren Sicherheit zurückgedrängt werden.
- Die SP will ein eidgenössisches Gewaltschutzgesetz, das die bestehenden eidgenössischen und kantonalen Regelungen zum Schutz von Frauen und Männern vor Gewalt ergänzt und stärkt. Der Bund soll unter anderem nationale Informations- und Präventionskampagnen durchführen, die Opfer- und Täterarbeit vernetzen und die Kantone verpflichten, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt einzurichten, Zufluchtsorte für Gewaltopfer zu schaffen und die Opfer- und Täterarbeit zu verstärken.
- Alle Menschen haben Anspruch auf Sicherheit. Sicherheit ist unteilbar. Nicht Ausgrenzung, sondern Integration schafft mehr Sicherheit. Die SP will griffige gesetzliche Bestimmungen zur Integration und dafür endlich mehr Geld vom Bund.

- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung wird immer wichtiger. Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit mit der EU soll weiter vertieft und Schengen unter Wahrung der Grundrechte ausgebaut werden.
- Die Bekämpfung der Internetkriminalität braucht mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Für die präventive Fahndung und verdeckte Ermittlung im Internet sind klare gesetzliche Grundlagen auf Bundesebene nötig.
- Die Schweiz soll die physische und psychische Integrität von Kindern besser schützen und dem Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch beitreten. Zudem braucht es ausreichend Mittel für das gesamtschweizerische Präventionsprogramm «Jugend und Gewalt» und dessen konsequente Umsetzung.
- Die SP will gesetzliche Grundlagen gegen den Missbrauch neuer elektronischer Medien. Namentlich der Kindermedienschutz muss ausgebaut werden; für gewaltdarstellende Computerspiele braucht es Altersgrenzen und eine Zertifizierungspflicht. Zudem muss die Medienkompetenz gestärkt werden.

DIE STRAFRECHTSREVISION MUSS EFFEKTIV UND VERNUNFTGELEITET SEIN

Ausgangslage

In vielen Medien sowie in Teilen der Öffentlichkeit und der Politik besteht die Tendenz, den Diskurs lediglich auf die Delinquenz und nicht auf die dahinterstehenden gesellschaftlichen Probleme (fehlende soziale Integration, hohe Quote arbeitsloser Jugendlicher unter Migrantinnen und Migranten) zu fokussieren. Zur Lösung gesellschaftlicher Probleme werden zunehmend neue Straftatbestände respektive höhere Strafdrohungen gefordert, was weitgehend eine Symptombekämpfung ist. Ein derart einseitiger und umfassender Einsatz des Strafrechts kollidiert zudem mit dem Anliegen eines guten und verhältnismässigen Rechtsgüterschutzes und blendet die Erkenntnis aus, dass weniger die Härte der Strafdrohungen potenzielle Täter abschreckt als vielmehr die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden.

Nach jahrelangen Vorarbeiten der Verwaltung und des Parlaments ist 2008 ein vollkommen überarbeiteter allgemeiner Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) in Kraft getreten. Dieser ist gekennzeichnet durch ein sinnvolles Zurückdrängen der kurzen Freiheitsstrafen zugunsten der Geldstrafe.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP betrachtet das Strafrecht als wichtiges gesellschaftliches Regulativ, auf das nicht verzichtet werden kann. Sie ist aber der Meinung, dass strafrechtliche Regelungen nur dort zum Einsatz kommen sollen, wo andere zivilgesellschaftliche Möglichkeiten erfolglos ausgeschöpft wurden.

Vor dem Erlass neuer strafrechtlicher Normen oder deren Verschärfung muss genau abgeklärt werden, ob wirklich Handlungsbedarf besteht und ob damit gesellschaftlich unerwünschtes Handeln in relevantem Umfang unterbunden werden kann.

Zentral ist aus Sicht der SP ein guter Opferschutz. Dazu gehören Informations- und Parteirechte, die weiter gehen als heute, und vor allem ein griffiger Zeuginnen- und Zeugenschutz auch für Migrantinnen und Migranten, etwa die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung und Schutz über das Ende des Strafverfahrens hinaus im Fall von Menschenhandel.

Die SP spricht sich vehement gegen Gebastel im filigranen strafrechtlichen System aus. Es sollen nicht einzelne Straftatbestände ad hoc auf Grund von Einzelereignissen willkürlich verschärft werden. Wichtig ist ein systematisches Vorgehen, welches auf wissenschaftlichen Fakten beruht. Zur Wahrung der Rechtssicherheit sollen einmal in Kraft gesetzte Bestimmungen nicht bei der ersten Kritik wieder geändert werden, sondern nur nach einer längeren Erfahrungszeit und anschliessender Evaluation.

Das hat die SP erreicht

Die sinnvolle Revision des AT StGB ist von der SP massgeblich mitgeprägt worden und eine Wiederverschärfung noch vor seinem Inkrafttreten konnte weitgehend ver-

hindert werden. Ausserdem hat das Parlament auf Initiative der SP eine gute, differenzierte Bestimmung zur Strafbarkeit weiblicher Genitalverstümmelung beschlossen.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die derzeit laufende Strafraahmenharmonisierung im besonderen Teil des Strafgesetzbuches soll massvoll ausfallen und keine reine Verschärfungsvorlage werden.
- Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt soll effektiver ausgestaltet werden, ohne dass wir zu amerikanischen Verhältnissen (Internetpranger) gelangen.
- Die geplante Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen soll nur stattfinden, wenn im Gegenzug das Electronic Monitoring (elektronische Fussfesseln) schweizweit implementiert wird.
- Für die Strafverfolgungsbehörden sollen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit delinquentes Verhalten möglichst rasch und unmittelbar spürbare Konsequenzen hat.
- Wirtschaftskriminalität muss mehr Beachtung bekommen und wirksamer bekämpft werden. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf das Finanzmarktstrafrecht, die Geldwäscherei im Immobilienhandel, den Handel mit Kriegsgold und das Steuerstrafrecht gelegt werden.
- Artikel 53 des Strafgesetzbuches, der gut gemeint war und der Versöhnung zwischen Täter und Opfer dienen sollte, führt in der Praxis dazu, dass reiche Angeschuldigte sich freikaufen können. Die Bestimmung gehört deshalb abgeschafft – wir wollen gleiches Recht für alle.

28

FÜR DIE ANPASSUNG DER FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK AN DIE GEGEBENHEITEN DES GLOBALISIERTEN 21. JAHRHUNDERTS

Ausgangslage

Die Schweiz liegt im Herzen zahlreicher stabiler demokratischer Rechtsstaaten, die alle dieselben europäischen Grundwerte teilen. Damit verfügt die Schweiz über eine äusserst komfortable Sicherheitslage. Instabile Zonen finden sich an den Rändern Europas und auf anderen Kontinenten, allerdings wirken diese aufgrund der internationalen Verflechtung auf die Sicherheit der Schweiz zurück. Sie ist zudem durch neue, zivilisationsbedingte globale Risiken herausgefordert. Diesen ist aber mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht beizukommen.

Dennoch lenkt die Schweiz ihre knappen finanziellen und personellen Ressourcen vorab in eine Armee, die von ihrem Bestand und ihrer Ausrüstung her auf die obsolet gewordene Landesverteidigung ausgerichtet ist. Die Schweizer Armee ist mit einem Effektivbestand von über 170 000 aktiven Soldatinnen und Soldaten eine der grössten in ganz Europa und im internationalen Vergleich auch mit schwerem Gerät wie Kampfpanzern und Artillerie grotesk überrüstet. Sie würde nur mit einer Milliarde Franken mehr funktionieren, als vorhanden sind. Endlose Mängellisten des VBS sind das logische Resultat.

Dennoch finden sich weder im Bericht über die Sicherheitspolitik noch im Armeebericht 2010 Anhaltspunkte, welche modernen Risiken militärisch und welche zivil anzugehen sind und wo die Prioritäten liegen. Zwar will der Bundesrat den Stellenwert der nationalen Landesverteidigung als bisherigen Hauptauftrag vermindern. Anders als die übrigen Staaten in Europa setzt er an deren Stelle aber nicht auf die internationale Zusammenarbeit. Vielmehr soll die Armee vorab im rein national definierten «Sicherheitsverbund Schweiz» eine zentrale Stellung einnehmen. Dies führt zu einer Militarisierung der inneren Sicherheit und zementiert das Abseitsstehen der Schweiz beim Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur sowie den gemischt zivil-militärischen Missionen der UNO, die vielerorts erfolgreich gewaltsam ausgetragene Konflikte verhüten, eindämmen und befrieden.

Das sind unsere Grundsätze

Die grossen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Schweiz sind in der heutigen globalisierten Welt weder im Landesinnern noch an der Landesgrenze zu suchen. Vielmehr stellen sie das Ergebnis immer längerer, oft globaler Wirkungsketten dar. Scheinbar fern liegende Entwicklungen in Staat, Wirtschaft, Ökologie, Gesellschaft und Kultur wirken auf die Sicherheit der Schweiz zurück. An der Landesgrenze aufgestellte Panzer und Kanonen helfen da nicht weiter. Für die SP ist deshalb zentral: Auch die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz muss endlich im globalisierten 21. Jahrhundert ankommen, international aktiv mitwirken und ihren angemessenen Beitrag leisten.

Das hat die SP erreicht

Die Militärausgaben der Schweiz wurden – wie seinerzeit von der Umverteilungsinitiative der SP gefordert – zwischenzeitlich halbiert, die Armeebestände auf einen Viertel reduziert und 2010 wurde auf die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verzichtet. Die zivile Friedensförderung verfügt seit 2004 über ein Bundesgesetz und einen eigenen, 2007 erhöhten Rahmenkredit. Die Schweiz trägt auf internationaler Ebene führend dazu bei, die bisher allein auf Staaten bezogene Sicherheitspolitik um das Konzept der «menschlichen Sicherheit» zu erweitern, das sich um die alltägliche Sicherheit jedes Individuums kümmert. Zudem gehört die Schweiz zu den weltweit 14 grössten Beitragszahlern für friedenserhaltende Missionen der UNO. Keine andere Partei hat diese Reformen in Bundesrat, Parlament und Verwaltung so konsequent unterstützt und gefördert wie die SP.

Die SP verhalf 2007 in beiden Räten einer Motion zu einer Mehrheit, die den Bundesrat beauftragte, alles Notwendige zu veranlassen, um die Anzahl Armeeeingehörende für friedenserhaltende Aufgaben im Ausland bis 2010 zu verdoppeln. Gleichzeitig sorgte die SP im Nationalrat für eine deutliche Mehrheit zugunsten einer Verdoppelung des Anteils von Durchdienenden in der Armee. 2008 trug die SP ausserdem entscheidend zur Verlängerung des Swisscoy-Mandats und damit zum militärischen Engagement der Schweiz für die Stabilisierung des Kosovo bei.

Das will die SP 2011 bis 2015 erreichen

- Die Armee muss massiv ab- und umgebaut werden. Die allgemeine Wehrpflicht soll durch eine Freiwilligenmiliz ersetzt und die internationale Sicherheitszusammenarbeit mit EU und UNO deutlich ausgebaut werden. Völlig verfehlt ist die mit dem Armeebericht 2010 angestrebte Umformung der Armee zu einem «Mädchen-für-alles-Instrument» in den Händen der Kantone.
- Es braucht keine neuen Kampfflugzeuge. Die Schuldenbremse und der Ausgabenplafond für die Armee dürfen für die Beschaffung von Rüstungsgütern nicht gelockert werden.
- Der «Sicherheitsverbund Schweiz» soll vorab auf einem grundlegend modernisierten zivilen Bevölkerungsschutz mit regionalisierten Stützpunkten, wirksam vernetzten professionellen Blaulichtorganisationen und gut ausgebildeten Freiwilligen aufbauen. Bunkerbaupflicht und Schutzdienstpflicht sind in einem solchen Konzept überflüssig.
- Die SP steht zum Zivildienst. Der Tatbeweis soll weiterhin über die Zulassung zum Zivildienst entscheiden; jede Form von Gewissensprüfung lehnt die SP ab. Wird die Wehrpflicht sistiert, soll der Zivildienst in freiwilliger Form weitergeführt werden.
- Das Schweizer Engagement für die zivile Friedensförderung und die Stärkung der Menschenrechte soll weiter ausgebaut werden. Die SP will eine weitere Erhöhung des entsprechenden Rahmenkredites 2012 bis 2015.
- Wenn sich in korrupten oder zerfallenden Staaten das staatliche Gewaltmonopol gegen die eigene Bevölkerung wendet und Warlords die Menschen in Angst und Schrecken versetzen, soll die UNO im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems die Zivilbevölkerung schützen und zu Gewaltfreiheit und menschlicher Sicherheit beitragen. Die militärische Friedensförderung der Schweiz soll in ein um-

fassendes Konzept der Aussen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik eingebettet und ausgebaut werden; neben jenem in Kosovo soll ein zweites Kontingent von Friedenssoldatinnen und -soldaten ausserhalb Europas für Sicherheit sorgen.

- Die grundlegende Bedeutung der Geschlechterfrage für Frieden und Sicherheit muss anerkannt werden (Gendering Security).
- Die SP fordert Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen zur Durchführung von Friedensoperationen und eine weitere Annäherung an die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

